

12. April 1993

55

Aufgefordert



Fällt Humboldt?

Keine Konzepte für die Universität!

Un

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|---------------------------------|----|
| StuPa die Zweite..... | 3 |
| Studieren bei den Anglisten.... | 4 |
| Kündigungsaffäre..... | 6 |
| Wohin geht die Uni..... | 10 |
| Schwarze Kunstformel..... | 12 |
| Philosopheninterview..... | 14 |
| Jeunesse..... | 16 |
| Medienkongreß..... | 17 |
| Studieren mit Kind..... | 18 |
| "I" oder "i"..... | 18 |
| Wohnen im Prenzelberg..... | 19 |
| Psycho..... | 19 |
| Unser Bildungsminister..... | 20 |
| Projektutorien..... | 22 |
| Leserbriefe..... | 23 |
| Statistiken u.ä. | 24 |

Editorial

Seid begrüßt und willkommen zurück! Herzlichen Glückwunsch allen, die Prüfungen bestanden und Hausarbeiten termingerecht abgegeben haben! Und den normalen Menschen, die nicht zu diesen Wunderkindern zählen, schmettern wir ein fröhliches Kopf hoch! entgegen. Seid sicher: Das Studium geht weiter!

Aber wie lange noch? Notdürftig nur sind die Trümmer, die die große Ferienkatastrophe à la Humboldt hinterließ, in die dunklen Ecken gekehrt. 179 Kündigungen und 176 Änderungskündigungen hat die HUB nicht termingerecht umgesetzt. Diese "Kündigungsaffäre" und vor allem die daraus voraussichtlich entstehenden Kosten lösten eine heftige Pressekampagne aus. Seilschaften, Inkompetenz, Böswilligkeit - viel wurde über die Ursachen der Affäre spekuliert. Auch UnAUF recherchierte und stieß auf Konzeptionslosigkeit und wirre Verwaltungsstrukturen. Denkt die Universitätsleitung gelegentlich auch an die Studenten? Dazu die Seiten 7-11.

Studenten? Studentinnen? StudentInnen? Ach ja, da gibt es zum Beispiel solche, die es gewagt haben Anglistik/Amerikanistik zu studieren. Jedoch erwarten sie Übergangsprüfungs- und Übergangsstudienordnungen und sie müssen Pflichtbücher lesen und Pflichtstunden zählen - kein Wunder, daß viele schnell wieder aus solcher Schule flüchten.

Während wir im gewohnten Chaos weitermachen, hat sich unser professioneller Prenzelberger nach Nairobi abgesetzt. Auf der Flucht vor sprechenden Türen?

Kurz und gut - wer wissen will, was in dieser Zeitung steht, möge sie doch einfach lesen. Ich halte mich schließlich auch nicht länger mit diesem Editorial auf.

Impressum

UNAUFGEFORDERT Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni. Erstmals erschienen am 17. November 1989.

Redaktion: Arlett Albrecht, Juliane Kerber (Chefredakteure), Franziska Ahles, Ingo Bach, Klaus Kallenberg, Anke Kautz, Alexandra Kolle, Georg Linde, Hannah Lund, Ulrich Miksch, Rüdiger Neick, Jens Schley

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10 099 Berlin; Hauptgebäude Raum 3022, Tel.: 2093 2288, fax: 2093 2770

Redaktionsschluß: 5. April 1994

Satz: Roody **Druck:** Contrast, Tempelhofer Damm 210 12099 Berlin gedruckt auf Recycling-Papier

Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten aber um Quellenangabe und Belegexemplar.

Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenen Umfang. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben *nicht* in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Kürzel werden nur von Redaktionsmitgliedern verwendet.

UnAUFGEFORDERT Nr.56 erscheint voraussichtlich am 28. April 1994

Die Redaktionssitzungen sind öffentlich, jeden Montag, 18.00Uhr, HG 3022,

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 19. April 1994

Amtliches Endergebnis

Nach den Gremienwahlen der Humboldt - Uni

Am 10./11. Februar 1994 wurden die hochschulpolitischen Gremien der Universität (Akademischer Senat, Konzil und Kuratorium) und das StudentInnenparlament der HUB neu gewählt. Im Vorfeld der Wahlen gab es eine Klage gegen den Wahlmodus. Professoren und akademischer Mittelbau sollten entgegengesetzt zum getrennten Wahlrecht gemeinsam die Vertreter der Hochschulgruppe der Professoren und der Hochschulgruppe der akademischen Mitarbeiter wählen. Dies erregte das Mißfallen einiger Professoren, unter ihnen H. A. Winkler, Professor am Lehrstuhl für Neueste Geschichte und R. Schröder, Professor der Theologie. Die Klage wurde abgewiesen und die Professoren, die aus Angst vor Chancenminderung geklagt hatten, sitzen alle in den Gremien.

Die Wahlbeteiligung lag für den Akademischen Senat, Konzil und Kuratorium bei insgesamt 19,17% (Hochschullehrer 75,42%, Akademischer Mitarbeiter 42,63%, sonstige Mitarbeiter 28,54%, Studenten 12,10%). Das sind zumindest für die Gruppe der Studenten erfreuliche Resultate. Gegenüber 5,8% Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum 1. Studentenparlament vor einem Jahr wählten diesmal immerhin doppelt so viele Studenten ihre Vertretung. Und in Anbetracht 6% Wahlbeteiligung am Massenhaus FU ein wahrer Triumph!

Der Akademische Senat besitzt nunmehr unter den Hochschullehrern klare Fraktionen, die auf den ersten Sitzungen das Geschehen im Akademischen Senat bestimmten und für eine teils gespannte Atmosphäre sorgten: auf der einen Seite *Humboldt-Forum*, von den Professoren Winkler und Tenorth angeführt und in Außenseiter-quasi Oppositionsrolle. Beide versuchten sich an der Kündigungsaffäre (siehe Artikel in diesem Heft) zu profilieren und blamierten sich dabei tüchtig.

Auf der anderen Seite *Mit-Humboldt* mit Vizepräsident Bank und langgedienten Humboldt-Universitäts-Politikern wie Hansen, Burkhard, Meffert. Sie unterstützen die Präsidentin und deren Politik und bilden die Mehrheit der Professoren im AS. *Vivat Charité* ist mit Dekan Harald Mau vertreten, *Charité Forum* ist durchgefallen. Bei den Akademischen Mitarbeitern zählt *Humboldt-Mittelbau* mit zwei Stimmen zur Fraktion *Mit-Humboldt*, *Charité-Mittelbau* unterstützt ihren Dekan und *Neue Universität* fühlt sich mehr der Winkler-Fraktion verpflichtet. Der Versuch der politikverdrossenen „*Statt Mittelbau*“, in den AS zu gelangen, scheiterte. Diese Fraktionen sind wie immer nur relativ zu betrachten, an einem politischen Gebilde wie einer Universität überwiegen oft praktische Gründe bei Mehrheitsbildungen. Bei den Vertretern der studentischen Senatoren (Ronald Höhner, René Grube, Rahel Fink und Juliette Brungs) macht sich die langjährige Herrschaft der alten studentischen Senatoren bemerkbar. „Das sind ja Schüler einer achten Klasse, die man in die zehnte gesteckt hat!“, bemängelte ein Vertreter der Presse die zur Schau

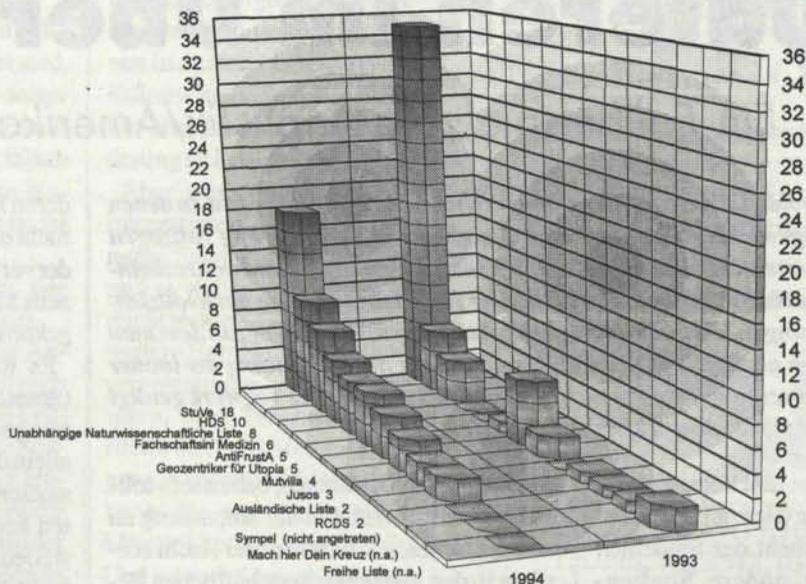
getragene Unerfahrenheit der neuen Studenten im AS. Ronald Höhner's geistreicher Kommentar zum Thema Kündigungen: „Das sind doch alles Menschen!“.

Alarmierend ist, daß weder im Akademischen Senat, Kuratorium noch Konzil Jura-Professoren sitzen, nur Dekan Krauß und Vizepräsident Hofmann sorgen Kraft ihres Amtes für juristische Kompetenz. Wie nötig die ist, bewiesen die ersten beiden Sitzungen des neuen Senats.

Im Kuratorium ist die Studentenschaft durch Katrin Werlich (Sozialwissenschaften) und Susann Baller (Kunstwissenschaften) vertreten, erstere bürgt für große Erfahrung im Umgang mit den Gremien der Universität. Im Konzil sitzen Ronald Höhner (WiWi), Markus Otto (Geschichte), René Grube (Biologie), Rahel Fink (Psychologie), Ute Friedrich (Fremdspr. Phil.), Juliette Brungs (Germanistik), Wolfram Detlefs (Theologie), Markus Obstück (Reha.-Wiss.), Till Liebau (Kuwi) und Anke Zerbst (Reha.-wiss.) für die Studenten, fast alles Neulinge.

UnAUF-Gruppe Wahlen

Zusammensetzung des StuPas im Vergleich



Das zweite Studentenparlament der Humboldt-Universität

Die höchste Wahlbeteiligung hatte die Psychologie mit 32,0% die niedrigste der FB Erziehungswissenschaften mit 1,8%. Die meisten Stimmen als neugewählter Vertreter bekam Rahel Fink von der Psychologie, dem gewählten Schlußlicht Mario Pschera von der Jura reichten acht Stimmen. Insgesamt wählten 2727 Studenten das neue Studentenparlament. Erfreulich ist das Engagement der Fachschaftsini Medizin im StuPa mit sechs Mandaten; so rücken die Mediziner endlich aus ihrer Außenstellung in die Universität ein.

Liste 1: Geozentriker für Utopia (5 Mandate [3 von der STUVE, Listenverbindung])

Andreas Huth (Geographie)
Stephan Pohner (Anglistik/Amerikanistik)
Jana Chmielecki (Geographie)
Ina Säumel (Geographie)
Mario Pschera (Jura)

Liste 2: RCDS (2 Mandate)

Holger Barske (Germanistik)
Tilman Thiel (Jura)

Liste 3: Fachschaftsini Medizin (6 Mandate, alle Medizin)

Martin Placzek
Julia Hoeffe
Theres Goldhagen

Michael Gürth
Michael Weber
Philipp Sedlasz

Liste 4: Mutvilla Lesbisch-Schwule Interessenvertretung (4 Mandate)

Stefan Knoke (Kulturwissenschaften)
Conny Heidrich (Sozialwissenschaften)
Sandra Wagner (Sozialwissenschaften)
Ilka Rößler (Russistik)

Liste 5: Unabhängige Naturwissenschaftliche Liste (8 Mandate)

Christian Richter (Pharmazie)
Remo Rohs (Physik)
Torsten Abelmeyer (Physik)
Thomas Schirrmann (Biologie)
Mailis Göhler (Biologie)
Ingolf Reim (Biologie)
Jens Scheithauer (Medizin)
Joachim Wiegmann (Pharmazie)

Liste 6: HDS - Offene Linke Liste (10 Mandate)

Susann Baller (Musikwissenschaften)
Ronald Höhner (VWL)
Sebastian Köhler (Philosophie)
Michael Weber (Informatik)
Markus Otto (Geschichte/Politikwissenschaft)
Andreas Frielingshaus (Physik)
Stephan Meier (Südasienswissenschaften)
Bernd Schilfert (Sozialwissenschaften)
Jörn Rogge (VWL)
Martin Füller (BWL)

Liste 7: AntiFrustrA (5 Mandate)

Claudia Schumann (Kulturwissenschaften)
Johannes Peschke (Fischereiwissenschaft)
Birgit Kulke (Psychologie)
Anke Zerbst (Sozialtherapie)
Susanne Rose (Anglistik/Geographie)

Liste 8: Ausländische Liste (2 Mandate)

Radife Göger (Erziehungswissenschaften)
Ayfer Inci (BWL)

Liste 9: STUVE (15 Mandate)

Rahel Fink (Psychologie)
Anja Mittermaier (Slawistik)
Wolfram Detlefs (Theologie)
Till Liebau (Jura)

Juliette Brungs (Germanistik)

Tino Müller (BWL)

Peter Giselher Dick (Jura)

Oliver Beckmann (Jura)

Stehan Eckardt (Sport/Geographie)

Moritz Krotz (Kulturwissenschaften)

Dirk Jacobs (Theaterwissenschaften)

Christian Reincke (Wirtschaftspäd.)

Bekele Tefera (Kulturwissenschaften)

Karsten Wundermann (VWL)

Peter Wellach (Theaterwissenschaft)

Liste 10: Hochschulgruppe der JUSOS (Mandate 3)

Oliver Vogelsmeier (Theologie)
Anneke Schmitt-Wenkebach (Jura)
Jakob Hein (Medizin)

Studieren im Übergang

Ein Fallbeispiel: die Anglistik/Amerikanistik

Seit 1989 ist die Humboldt-Universität nun schon im Umbruch. Fünf Jahre fast, in denen erneuert, evaluiert, abgewickelt oder sonst eine Tätigkeit von Veränderung vollzogen wird. Jahre, in denen man eigentlich ein Studium zu Ende bringen könnte und wahrscheinlich sogar zu Ende gebracht hat, scheinen im Lichte der für jeden Studenten nachvollziehbaren Studienanforderungen, die ihn ja tagtäglich beschäftigen, wie ein Tag, an dem man sich abends unzufrieden ins Bett legt, erschöpft von der Hatz nach Erfüllung der immer neuen Bedingungen einschlüft und doch nicht weiß, ob das vergangene Tagwerk genügt hat, um morgen wieder als Student aufstehen zu dürfen.

Veränderungen kamen und kommen von vielen Seiten. Am Anfang (Herbst 1989) stand sicherlich das Engagement der Studenten selbst, sich für eine andere Studienorganisation einzusetzen, die endlich von ideologischen Vorgaben, wie ML (gesellschaftswissenschaftliche sprich ideologische Ausbildung) oder diversen Wehr-

ertüchtigungsprogrammen, befreit sein sollte. Doch dann brach mit der Anpassung an westdeutsches, wie westberliner Recht vor allem in den geisteswissenschaftlichen Bereichen der Universität (aber nicht nur da!) mit der Einführung der Magisterabschlüsse eine Unmenge an Übergangs- und Ausnahmeregelungen über die Studenten herein,

deren Kette bis heute nicht abreißt und dies nicht ohne Hinzutun des politischen Senats, der vor kurzem wieder einmal die Zeit für eine neue Magisterprüfungsordnung für die HUB gekommen sah...

Es waren und sind nicht nur schlechte (gesetzliche) Vorgaben die da „von oben reingedrückt“ wurden und werden. Schon allein deshalb nicht, weil man einen Diplomstudienabgänger in den Geisteswissenschaften heute nirgends mehr fachbezogen einstellen würde. Der Magister Artium ist zu meist Bedingung, um dann hinterher in einer Anstellung nur irgendeine Befähigung überhaupt nachweisen zu dürfen. Ob man sie dann hat, ist noch eine ganz andere Frage. Die Gesellschaft hat sich verändert und so



legt. Jedoch gliedert sich das gesamte Studium in Pflichtveranstaltungen. Im Grundstudium bleibt nur im Bereich der Literaturwissenschaft die einzige Wahlmöglichkeit, das eine oder das andere Proseminar zur Einführung in die allgemeine Nationalliteratur zu absolvieren. Und auch die **Vielzahl der Überprüfungen** (Prüfungen, Klausuren, aber auch mündliche Konsultationen wie mündliche Prüfungsgespräche, die nur über bestanden oder nicht bestanden entscheiden) seitens der Lehrenden, selbst nach Vorlesungen halten die Studenten in gehetztem Atem. Da gibt es zwar die eine wirkliche Belegarbeit (Hausarbeit) in der Literaturwissenschaft, aber sonst wird kaum die, noch im Anfangstext der Studienordnung programmatisch vermerkte, „Vorbereitung auf wissenschaftliches

Arbeiten“ im Studium eingelöst. Dafür bleibt dann letztlich wohl keine Zeit. Aber liegt es denn an der Zeit?

Sicher, eine neue Studien- und Prüfungsordnung ist in Arbeit und wird, so die Genehmigungsstellen nicht Schnecken tempo in der Bearbeitung an den Tag legen, vielleicht schon im kommenden Wintersemester in Kraft treten. Wie Prof. Lucko, einer der Verantwortlichen der Erarbeitungskommission für diese neue Studien- und Prüfungsordnung, erwähnte, wird diese als Prüfungszulassung nur noch 9 Scheine für das gesamte Hauptfachstudium fordern (und 5 im Nebenfachstudium). Es wird wesentlich mehr Wahlmöglichkeiten geben. Die Struktur des Studium gliedert sich neu in Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaft. Ein Erfolg für eine bessere Studiengliederung sicherlich.

Aber was passiert bis zum Inkrafttreten der neuen Ordnung? Es wird ja weiter studiert und es wollen Abschlüsse erreicht werden. Gibt es also eine weitere Hatz nach den Pflichtveranstaltungen, Pflichtklausuren, eben Pflichtscheinen? Bleibt das Studieren im Übergang immer mit der Beschränkung der eigenen kreativen Möglichkeiten verbunden? Und was wird fernab der Festlegungen in der Studien- und Prüfungsordnung, dann wirklich gefordert, ohne einer kritischen Kontrolle unterliegen zu

müssen. Werden weiterhin 60 Bücher, die innerhalb von 4 Semestern neben dem eigentlichen Studium gelesen werden müssen (15 Pflichtbücher und 15 Pflichtautoren in der Anglistik und 30 Bücher in der Amerikanistik), zum in einer Studien- und Prüfungsordnung nicht genannten Forderungskatalog eines jeden Hauptfachstudenten zählen?

Es bleibt unklar, ob dieses große Dilemma sehr vieler Studierender der Humboldt-Universität, das Ordnungen nicht genügend durchgesetzt oder schier umgangen werden, je ins Bewußtsein verantwortlicher Gremienarbeiter dringen wird.

Eines sei hier nur angemerkt: Will man wirklich auf studentische Probleme eingehen, so genügt es nicht, einzig das Mitspracherecht ausgewählter Vertreter der Studentenschaft zu sichern oder besondere „Volksnähe“ zu demonstrieren. Das größte Problem der Studierenden bleibt die Struktur ihres Studiums, die zumeist keine vertretbare und praktikable ist.

Struktur bedeutet Anordnung oder Gefüge. Die Anordnung oder das Gefüge verschiedenster Studienfächer ist wie alles an dieser Universität in Fluß geraten. Und sie verliert so vielfach ihren eigentlichen Wort-sinn.

Und will man sich wirklich für Studenten einsetzen, dann sichere man ihnen Angebote, Gestaltungsmöglichkeiten, Anreize für individuelles Tun in einem Kanon überschaubarer und machbarer Anforderungen. Doch wer tut das schon in dieser Universität des Übergangs?

Ulli

TEE

ist mehr als nur ein Getränk

Speziell China - und Ceylontees sowie
Geschenkideen

Wer mit dieser Anzeige zu uns kommt, erhält eine
20g Probierdose als Begrüßungsgeschenk.



Bötzowstraße 19 (Prenzlauer Berg)
Tel./Fax. 4213542, 10407 Berlin
Mo-Fr geöffnet von 9.00 bis 18.00 Uhr

Lünser & Hennlein oHG
Die Teehandlung im Prenzlauer Berg

sind die Arbeitsfelder wie die Anstellungsmöglichkeiten andere geworden. Und der Magister bietet da mit seiner fachlichen Zweibzw. Dreispurigkeit bessere Möglichkeiten, für sich Arbeitsfelder (mit seiner nachgewiesenen Kompetenz) in der Gesellschaft zu finden. Doch nicht allein der Fakt der Existenz des Magisters bestätigt die Güte der Vorgaben. Nein, auch seine Praxis in der Alt-Bundesrepublik nun schon seit mehr als zwanzig Jahren. Wer da Verbesserungen einklagt, muß die Entwicklung dieses Abschlusses kennen, in den natürlich über die Jahre hinweg und gerade in Berlin studentische Vorstellungen (ja, studentischer Protest) über die Machbarkeit dieses Studiums mit eingegangen sind.

Diese Anpassungsveränderungen, die der Vereinigung Deutschlands geschuldet sind, bieten da keinerlei Anlaß zu irgendeiner Wagenburgmentalität. Da kommt keine „kalt-schnäuzige, arrogante und uns völlig falsch sehende Westmacht“ daher. Sondern einfach gelebte Praxis, die uns das Leben in der Universität leichter machen könnte.

Gerade darum muß es verwundern, wie lange nun schon die Anpassung dauert.

So studiert man beispielsweise in der Anglistik/Amerikanistik (aber nicht nur da!) noch immer mit der **Übergangsstudien- und Prüfungsordnung von 1991**, die zu diesem Zeitpunkt erstmals die Magisterregelung enthielt, aber in vielen Regelungen den Geist der vormaligen an der Humboldt-Universität (in der DDR) einzig möglichen Lehrerausbildung noch immer erkennen läßt. So ist zwar die Semesterwochenstundenzahl (SWS) auf das akzeptable Maß von 80 SWS für das Hauptfach und 40 SWS für das Nebenfach festge-

Ungereimtheiten in Höhe von 35.086,18DM

Die Finanzkommission des ehemaligen Studentenrates hat auch noch nach ihrer Auflösung Gelder bewilligt. Zum Teil sind diese in private Kanäle geflossen.

Am 17. Februar traf sich noch einmal das amtierende Studentenparlament, um über ein brisantes Thema zu beraten. Bei der Übergabe der Finanzen des alten Studentenrates stellte sich heraus, daß Nachweisbelege bzw. Anträge für bewilligte Gelder in Höhe von ca. 35.000 DM fehlen. Einerseits wurden Anträge von Studenten noch nach Auflösung der Finanzkommission des Studentenrates und schon zu Amtszeiten des neugewählten Studentenparlaments bewilligt, andererseits wurden von den Geldern Geräte gekauft, für die es zwar Lieferscheine und Quittungen gibt, die selbst aber am Bestimmungsort nie auftauchten. Im Kreuzfeuer der Kritik steht der ehemalige Finanzchef des Studentenrates Jo Bielert, der dem Studentenparlament bis heute Rechenschaft schuldig ist. Die Finanzkommission (letzte Mitglieder Jens Schley, Thomas Neie, Sven Walter, Jo Bielert) wurde am 18.05.1992 nach Zusammenbruch des Studentenrates in einer kontroversen Sitzung ins Leben gerufen und löste sich nach eigenem Beschluß am 31.12.1992 auf. Vorausgegangen war diesem eine äußerst nebulöse Finanzverwaltung des Studentenrates, die angeblich mit einer indirekten Geldwäsche von FDJ-Geldern in Höhe von 40.000 DM begann, mit unbekanntem Darlehenszahlungen der Sprecher des Studentenrates untereinander in Tausenderbeträgen fortgesetzt wurde und in einer katastrophalen Buchführung endete. Zuletzt wurden im Sommersemester 1992 aufgrund der fehlenden Rechtsbasis des Studentenrates freiwillig 32.000 DM Beiträge eingezahlt.

Konkret geht es nun um neun „Finanzbewegungen“:

1.) Am 09.05.1992 wurde zwischen einem Henrik Hörner, wohl Student am FB Geographie, aber bisher von unsicherer Existenz, und einem Verein Wilhelmsaue eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen. Bestandteil des Vertrages war die finanzielle Unterstützung in Höhe von 7.300 DM für die technische und materielle Ausstattung eines Seminarraumes. Diese Unterstützung

wurde von der Finanzkommission bewilligt und bei ihr von Jo Bielert beantragt. Die Rechtsstelle der HUB erklärte den Vertrag für unwirksam, da die Legitimation zur Vertragsunterzeichnung durch den Studentenrat des FB Geographie nicht nachvollziehbar sei. Das Studentenparlament fordert Klärung über die Existenz von Henrik Hörner und Nachweis der korrekten Ausgabe der Gelder.



Gründung des Studentenrates

Foto: Kracheel

2.) Nach dem 21.04.1994 - das Studentenparlament hatte sich inzwischen konstituiert - wurde aus Geldern des Studentenrates eine Videoanlage im Wert von 15.053,32 DM gekauft: Die Geräte sind unauffindbar.

3.) Am 04.02.1993 wurde an den Studenten Th. Schulze 2.100 DM überwiesen; der Grund ist nicht nachvollziehbar.

4.) Am 29.01.1993 ist eine Quittung für einen PC über 1.851,50 DM registriert: Der Verbleib des Gerätes ist ungeklärt.

5.) Ebenfalls am 29.01.1993 erfolgt eine Rechnung für einen Toner (217,35 DM); für wen dies gekauft wurde, ist ebenfalls ungeklärt.

6.) Am 18.03.1993 erfolgte eine Überweisung von 779,01 DM für einen Fernseher und 10 Videokassetten: Die Kassetten und das Gerät sind verschwunden.

7.) Am 28.04.1993 (Jo Bielert hat inzwischen beim Studentenparlament Abrechnung angekündigt) wurden vom Konto des Studentenrates 2.289 DM für Flugtickets nach Athen ausgegeben. Reisende: Jo Bielert und Jörg Labeau und Sieghard Below, alle

Studenten der Sportwissenschaft. Zweiter ist Unterzeichner eines zweiten Vertrages mit Wilhelmsaue.

8.) Am 10.05.1993 werden für ein Sportfest der Sportwissenschaften 600 DM überwiesen: Dafür gibt es keinen Antrag.

9.) Am 28.05.1993 überwies Jo Bielert sich selbst 4.896 DM; davon sind ca. 400 DM ungedeckt bzw. „selbstbewilligt“.

Am 15.06.1993 erfolgte eine Überweisung an UnAUFGEFORDERT von 10.000 DM, die aber bereits im Winter 1992 überwiesen werden sollte. Das Studentenparlament hat nach Durchsicht der Finanzbuchhaltung der UnAUFGEFORDERT die Vorwürfe gegenüber der Zeitung fallengelassen.

Inzwischen hat das Studentenparlament, nachdem Jo Bielert eine Frist von zwei Monaten verstreichen ließ, einen Rechtsanwalt eingeschaltet und will das Problem nun vor Gericht klären. Jo Bielert hat sich inzwischen auch gemeldet: über seinen Rechtsanwalt.

Zu den Vorgängen sei mir eine sehr persönliche Bemerkung gestattet. Vor der Sitzung des Studentenparlaments gab es über zwei Jahre hinweg immer wieder Gespräche und Diskussionen über die Geheimniskrämerei um die Finanzen des Sturas. Mir wurde Gerüchteverbreitung vorgeworfen, als ich öffentlich zu fragen wagte, wie 10.000 DM in bar vom Konto des Sturas abgehoben werden können und keiner erklären kann, wozu. Nun gibt es erstmals Ansätze, Licht in dieses Chaos zu bringen. Ich beobachte dies mit zugegebenermaßen bitterer Genugtuung. Vielleicht wird ein Rechtsstreit darüber im Nichts enden, denn das Chaos und die Ungereimtheiten um die Finanzen des Sturas sind riesig. Jo Bielert bot mir an, wenn ich als Mitglied der ehemaligen Finanzkommission an besagter Sitzung teilnehme, brauche ich ihn nicht mehr zu besuchen. Nach Ende dieser Sitzung möchte auf dieses Angebot gern zurückkommen.

Jens Schley

"Ein Fall administrativer Insuffizienz"

179 beschlossene Kündigungen und 176 Änderungskündigungen* hat die Verwaltung der Humboldt-Universität nicht fristgerecht zum 31.12.1993 ausgestellt. Die daraus entstehenden Kosten, ein ein- oder zweistelliger Millionenbetrag sorgten für Aufregung. Was zunächst als mittleres Problem zwischen Wissenschaftssenator Erhardt und Humboldt-Universität begann, hat sich inzwischen zu einer politischen Affäre ausgeweitet. Die „Kündigungsaffäre“ zeigt aber auch die prekäre Situation, in der sich die Humboldt-Universität momentan befindet: Eine vollkommen überlastete Verwaltung und eine Universitätsleitung ohne klares Leitungskonzept haben die Universität in eine schwere Krise schlittern lassen.

„Dr. Raffke & Prof. Ratlos - so schmeißt die Humboldt-Uni unser Geld raus!“, meldete *Bild* am 2.3. und freute sich der schönen Skandalgeschichte: „Es ist alles viel schlimmer als befürchtet: Weil die Humboldt-Uni 178 Kündigungen verpennte, müssen wir Steuerzahler jetzt 20 Millionen pro Jahr blechen. Ein Skandal.“ Der *Berliner Kurier* zog nach und meldet den „Skandal an der Humboldt-Uni“, der die Einstellung neuer Professoren blockiere. Der *SPIEGEL* erhöhte die Schadenssumme noch einmal auf über 20 Millionen und meldet den baldigen Rücktritt der Präsidentin Dürkop. Die deutschen Fachblätter für Skandale waren sich einig: Egal wie es passiert ist und was es genau bedeutet, die Humboldt-Universität hat wieder einmal geschlampt.

Nationale Presseschlacht

Die „nationale Presseschlacht“ (Personalchef Baeckmann) um die nicht vollzogenen Kündigungen an der HUB begann mit einem Artikel in der *FAZ* am 22. Februar und hat eine kleine Vorgeschichte innerhalb der Universität.

Die Tatsachen, die im Artikel der *FAZ* genannt werden, beruhen größtenteils auf Informationen des Assistenten am Lehrstuhl für Neueste Geschichte, Siegfried Weichlein. Dieser ist gewähltes Mitglied des Personalrates und gemeinsam mit seinem Prof. Dr. Heinrich August Winkler „sehr an einer um-

fassenden und gründlichen Erneuerung“ (Winkler) der Humboldt-Universität interessiert. Selbiger unterrichtete auch das ihm wohl gesonnene Frankfurter Blatt über die Vorgänge Unter den Linden und zog kurze Zeit darauf mit seinem Assistenten vor die Kameras der „Berliner Abendschau“, um zum selben Thema dem geneigten Zuschauer schlimme Tatsachen aus dem Hause Humboldt zu verkünden.

Verwunderung und Befremden

Der späte Zeitpunkt der Veröffentlichung - die Problematik um die nicht vollzogenen Kündigungen ist an der HUB intern seit Anfang Januar bekannt - hat seine Ursache im Ausgang der Wahlen zum Akademischen Senat, Kuratorium und Konzil, deren Rechtmäßigkeit Winkler zuvor selbst vor Gericht angezweifelt hatte. Nach seiner erfolgreichen Wahl als Mitglied des Akademischen Senats für die Liste Humboldt-Forum schlug er dann los. Und zwar so deutlich, daß sich die Präsidentin der Universität auf Grund dieses Berichtes bereits einen Tag später gezwungen sah, in einer „Presseerklärung zur Hochschulpersonalübernahme“ Stellung zu nehmen.

Diese Presseerklärung, die wegen ihres verfrühten Zeitpunktes und der überzogenen Reaktion innerhalb der Zentralen Universitätsverwaltung auf große Verwunderung und Befremden stieß, brachte dann den Stein endgültig ins Rollen und Herr Erhardt dorthin, wo er nicht hinwollte: vor die Mikrofone. Er hatte, so seine Pressesprecherin Grütters, der Humboldt-Universität eine interne Re-

gelung vorgeschlagen, die er nun, einerseits unwillkommen wegen des Gezerres der einzelnen Senatsverwaltungen um die raren Haushaltsgelder und andererseits willkommen wegen der möglichen Ablenkung von den Problemen der beiden anderen Berliner Universitäten, in aller Öffentlichkeit austragen mußte.

Diese Auseinandersetzung wurde begierig von der Presse und Politik aufgegriffen, viele alte Kämpfer gegen die Humboldt-Universität sprangen auf den fahrenden Zug der Falschmeldungen und Verdrehungen auf und versuchten mit Ratschlägen, sich ins Rampenlicht zu rücken. In der Humboldt-Universität war sich Geschichtspräsident Winkler zwar sicher, sein wissenschaftliches Amt fortzuführen, er sah sich aber auch der Tatsache gegenüber, „der hochschulpolitischen Arbeit mehr Zeit widmen zu müssen“, was immer das bedeuten möge. Vorsichtshalber hat er im Akademischen Senat, wo er sich als „Nestbeschmutzer“ fühlt, schon mal nach freiwerdenden Stellen innerhalb der Universitätsleitung gefragt.

Eine Reihe von Kündigungen

Der Fraktionschef der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus Liepelt rief empört „Sabotage“ und verlangte personelle Konsequenzen. Schließlich meldete sich SPD-Jugendssenator Krüger zu Wort und rief angesichts der Einsparungen im eigenen Hause frohen Mutes: „Solange in diesem Saustall Millionen verballert werden, kann ich notwendige Einsparungen nicht vertreten“. Kurzum: Das Politikarussell drehte sich, vielleicht wird es

* Änderungskündigungen meinen den Übergang eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses in ein befristetes.

ein oder zwei Opfer innerhalb der Universität fordern und die nächste Schlacht um Berlins älteste Universität ist geschlagen. Die eigentlichen Fakten lesen sich etwas nüchterner:

Die Präsidentin der Humboldt-Universität Marlis Dürkop hat, so ihre Darstellung vor dem Akademischen Senat der Universität, am 17.01.1994 erfahren, daß „eine Reihe von Kündigungen“ nicht ausgeführt wurden. Darüber informierte sie die Senatsverwaltung, die darauf sofortige Aufklärung verlangte. Insgesamt umfaßt dies 179 Kündigungen und 176 Änderungskündigungen. Darunter sind Kündigungen, die bereits im Frühjahr 1993 ausgesprochen, aber nicht umgesetzt wurden. Das betrifft wissenschaftliche Mitarbeiter des Institutes für Geschichte (Mai 93), eine Kündigung aus dem FB Psychologie (April 93) und eine Kündigung aus dem FB Landwirtschaft und Gartenbau vom Juli 1992, die inzwischen durch die Personalkommission wieder aufgehoben wurde, da Kündigungsschutz bestand und anschließend das Fusionsgesetz in Kraft trat, welches die Kündigung verhinderte. Die in der Presse als Existenzbeweis für massenhafte Altkader an der HUB angeführte Häufung von Nichtkündigungen in den FB Erziehungswissenschaften und Afrika- und Asienwissenschaften entstand aus dem späten Datum der Verhandlung vor der Personalkommission und nicht auf Grund „von Seilschaften“ an der HUB. Der inzwischen altbekannte Vorwurf der Senatsverwaltung, hier seien wieder „Altkader“ am Werke gewesen, wurde inzwischen auch offiziell zurückgenommen.

Fiktive Zahlen

Die größte Aufregung entstand um die entstehenden Kosten. Nach Auslaufen des Einigungsvertrages zum 31.12.1993 konnten die betroffenen Personen nicht mehr nach DDR-Arbeitsrecht gekündigt werden, mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten. Die Kündigungen müssen jetzt nach den Bestimmungen des Bundesangestelltentarifs Ost ausgesprochen werden, dieser sieht eine Kündigungsfrist von sechs Monaten vor.

Außerdem ist zu befürchten, daß eine ganze Reihe der Gekündigten sich über die Arbeitsgerichte wieder in die Universität einklagen würde. Beziffert wurde der erwartete Schaden von der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung zunächst auf 13,35 Millionen DM. Auf die Summe kam man, indem das fiktive Jahresgehalt von 75.000 DM eines Mitarbeiters angenommen und auf die Zahl der betroffenen Mitarbeiter hochgerechnet wurde. Es spricht für die Arbeits-

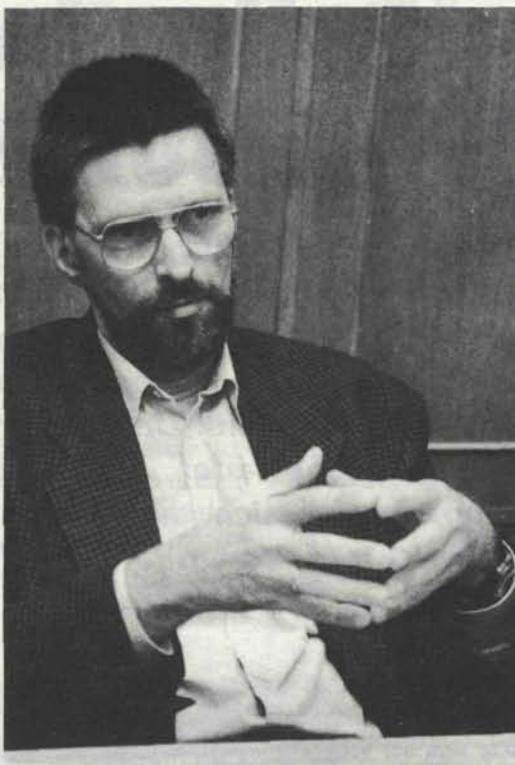
weise von Herrn Erhardt, daß diese sehr ungewisse Summe flugs der Presse mitteilte, aber zwei Wochen später nach einer Sitzung der Personalkommission der HUB zum Thema wieder zurückzog. Genauer betrachtet, bleiben im günstigsten Fall (keine Klagen) nur 3/4 dieser Summe übrig.

Wissenschaftssenator Erhardt behielt sich disziplinarische Maßnahmen vor, insofern direkte Verantwortlichkeiten ausgemacht werden können. Dies betrifft den Kanzler, den Personalchef und die Präsidentin der Universität. Erstere haben auch die Verantwortung übernommen, Marlis Dürkop gibt lediglich zu, sie habe sich „subjektiv nichts vorzuwerfen“, aber nicht immer deutlich genug die Situation in der Verwaltung registriert. „Ich kann doch nicht die vielen Kündigungen, die ich unterschrieben habe, auch noch zählen“, erklärt sie dem Akademischen Senat ihr spätes Reagieren. Wissenschaftssenator Erhardt sieht „interne Kommunikationsmängel, Leitungsdefizite und eine außergewöhnliche Arbeitsbelastung“ der Verwaltung der HUB als Hauptursachen für die entstandene Situation.

Der entstandene Schaden bewirkt zusätzlich eine strukturelle und atmosphärische Schiefelage an den betroffenen Bereichen, der Erneuerungsprozeß in Form des Austausches von Personen wird blockiert.

150 Tage Überstunden

Joachim Baeckmann, der sich an seinem Amt regelrecht krankgearbeitet hat, ist am stärksten von disziplinarischen Maßnahmen bedroht. Er hat in fast allen Fällen mit den von Kündigung betroffenen Angehörigen der Universität persönliche Gespräche geführt, so manche Klage vor den Arbeitsgerichten abgewendet und im letzten Jahr ca. 150 Tage Überstunden erarbeitet. Inzwischen haben ihm verschiedene Personen vorgeschlagen,



Personalratschef Beckmann

Foto: Fisahn

den Amtsarzt aufzusuchen, um feststellen zu lassen, ob er überhaupt noch arbeitsfähig sei. „Aus unterschiedlichen Gründen haben mir diese Personen einen solchen Vorschlag gemacht“, meint Baeckmann und fügt mit einer gehörigen Portion Sarkasmus hinzu: „Dieses Amt neigt dazu, Erfolge für andere und Mißerfolge für mich selbst zu produzieren.“ Ihm fehlt jetzt ein Erfolgserlebnis: „Wenn man den eingeschlagenen Weg für richtig hält und der geht nicht auf, schleicht sich das Gefühl ein,

man hat versagt!“

Ähnlich sieht es Kanzler Neumann. „Wir haben auf Grund der katastrophalen Überbelastung der Leute hier bisher alles im Klimmzug schaffen müssen. Ich habe gedacht, wir schaffen auch dieses letzte Stück mit einem Klimmzug. Diese Einschätzung war falsch.“ In der Tat ist die totale Überlastung der Verwaltung der Hauptgrund für das entstandene Chaos. Fast ausschließlich ungeschultes Verwaltungspersonal noch aus DDR-Zeiten versucht, Probleme zu bearbeiten, für die Inkompetenz vorprog. Auf Grund der knappen Stellenausstattung sind Schulungen kaum möglich, Neubewerber finden sich fast keine. Das nahe Brandenburg lockt mit höheren Gehältern und von Grund auf neustrukturierten Verwaltungseinheiten. Kanzler Neumann: „Wer nimmt dann schon noch eine Verschlechterung des Gehalts in bezug auf die Arbeitszeit in Kauf, wenn direkt nebenan gute Angebote locken?“ Eine Stelle im Bereich Verwaltung an der HUB muß gewöhnlich mehrmals ausgeschrieben werden, bevor sich überhaupt kompetente Personen bewerben. Hinzu kommen Einsparungen: 302 Stellen im gesamten Verwaltungsbereich wurden bisher abgebaut, es folgen 1994 30 und bis 1997 noch einmal 10% des Stellenkontingents, etwa 80 Arbeitsplätze im Bereich Verwaltung gehen dabei verloren.

Die Verwaltungsarbeit an der HUB wird zusätzlich blockiert durch nicht vorhandene Kommunikationsstrukturen: Da wandert eine Personalakte über drei Monate zwischen Personalabteilung und Personalrat hin und

her, weil immer wieder eine Anlage oder eine Unterschrift fehlt. Eine Rücksprache ist wegen nicht vorhandener Zuständigkeitsbereiche kaum möglich. „Im Notfall geb ich's meinen Chef“, beschreibt eine nicht genannt werden wollende Mitarbeiterin der Personalabteilung ihre Arbeit. Notfälle scheint es viele zu geben: Der Schreibtisch von Baeckmann ist eine Platte mit vier Aktensäulen in Meterhöhe.

Platte mit vier Aktensäulen

Von außen bemühte inkompetente Fachkräfte, für die die HUB scheinbar eine Schwäche hat, tun ihr übriges. Der Rechtsanwalt, der im Namen der HUB Kündigungen schrieb, die von den Arbeitsgerichten aus rein formalen Gründen „als nicht verhandlungsfähig“ der Universität zurückgeschickt wurden, ist inzwischen unbekannt verzogen.

Dem gegenüber steht eine vollkommen falsche Prämissensetzung der Arbeit durch die Universitätspräsidentin und die Senatsverwaltung.

Die Neuberufungen an der HUB finden in einem erfreulich rasanten Tempo statt, der Aufbau der Verwaltung und des Servicebereiches in einem erschreckend langsamen. 358 von 500 neuen Professoren (ohne Charité) sind da, die Studenten, eigentlicher Nutzer der Universität als Bildungsstätte, fallen in ein immertieferes Verwaltungsloch.

„Das ist ein Dilemma, in dem wir stecken, was wir aber für diese Übergangszeit in Kauf nehmen müssen“, rechtfertigt Neumann aus seiner Sicht diese Schiefelage. Dies wirkt sich aber nicht nur im Personalbereich aus, sie ist umfassender. In spätestens einem Jahr werden die ersten Studenten, die nur den „Übergang“ kennengelernt haben, mit ihrem Studium fertig. Deren qualitative Ausbildung hinsichtlich der Lehre und den Möglichkeiten des Studiums muß kritisch hinterfragt werden:

Studieren im Übergang

Für viele Studiengänge gibt es noch keine bestätigte Studien- und Prüfungsordnung. Oft werden bereits bestätigte Prüfungsordnungen durch neuberufene Professoren wieder in Frage gestellt oder in einigen Punkten schlicht nicht beachtet. „Zum Beispiel“, so der Leiter der Studienabteilung Pieper,

„ist die widerrechtliche Teilnahmebegrenzung der Lehrveranstaltungen ein großes Problem. Hier wird zum Teil äußerst willkürlich gehandelt.“ Ein anderes sind die zum Teil katastrophalen vorläufigen Prüfungsordnungen. Der FB Biologie beispielsweise schreibt in der Studienordnung „75 Stunden Chemie im 2. Semester“ vor - mit keiner Rahmenordnung in Einklang zu bringen und schlicht falsch. Die Studenten im Diplomstudiengang Biologie müssen Praktika à 6 Stunden absolvieren; davon werden nur drei angerechnet, damit die Stundenzahl insgesamt wieder stimmt. „Eigentlich ein Unding!“ - so Pieper. Vorlesungen werden in einigen Fächern mit Klausuren beendet, deren erfolgreiches Bestehen Voraussetzung für die Teilnahmebescheinigung ist. „Rechtlich falsch!“ - so Pieper. Akuten Bedarf, hier für Neuregelungen zu sorgen, sieht die Studienabteilung etwa für den Diplomstudiengang Biologie, den Lehramtsstudiengang Biologie und für einige philologische Fächer. Aufgrund der Änderung des Berliner Hochschulgesetzes (UnAUF Nr. 54) müssen sowieso alle Studienordnungen bis April nächsten Jahres überarbeitet werden. Es bleibt zu befürchten, daß die Staatsseite, wenn Fristen nicht eingehalten werden, selbst Regelungen für Studiengänge schafft: Die Eigenverantwortlichkeit der HUB ist dann ausgeschaltet. „Natürlich haben wir auch eine Arbeitsüberlastung, die mich etwas nachdenklich für die Zukunft macht“, beschreibt Pieper den ungewissen Fortgang der Erarbeitung neuer Studiendokumente für die einzelnen Studiengänge an der HUB.

Attraktive Termine

Nachdenklich stimmt auch die Planung von Lehrveranstaltungen zum laufenden Sommersemester. Eine Durchsicht der angebotenen Lehrveranstaltungen im Vorlesungsverzeichnis ergab, daß eine stark überproportionale Häufung der Lehrveranstaltungen an den Tagen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag auftritt, am Freitag läuft fast nichts mehr. Beispielsweise hat das Institut für Geschichtswissenschaften mit 198 Lehrveranstaltungen bei 35 Terminen innerhalb der Woche einen Zwischenwert von 5,6 LV pro Lehrveranstaltungszeit. Dieser wird zum attraktiven Termin Dienstags von 14.00 - 16.00 Uhr mit 15 übererfüllt, Freitags nach 14.00 Uhr laufen nur noch zwei Lehrveranstaltungen. Die Folge ist eine Einschränkung des Studienangebotes, zumal wenn sich, wie in der Geschichte, Termine für Vorlesungen und Hauptseminar decken. Problematisch ist auch das Gezerre um die Räu-

me. „Das Raumproblem an der Humboldt-Uni ist zum Teil hausgemacht, resultierend aus der schlechten Verteilung der Lehrveranstaltungen.“ gibt Pieper zu. Die Studienabteilung könne hier nur mahnend auffordern, eingreifen kann sie nicht.

Eklatante Verstöße

Auch dann nicht, wenn eklatante Verstöße gegen die Prüfungsordnung vorliegen. Nochmal zurück zum Problemfall Biologie: Im Sommersemester 1994 werden keine Seminare mehr angeboten, angeblich wegen fehlender Personalausstattung. Folge: Ein Studium nach Prüfungsordnung ist nicht mehr gewährleistet. Befragt, welche Möglichkeiten Studenten in einem solchen Fall haben, erklärt Pieper: „Die Studenten, und ich würde studentisches Engagement in solchen Fragen nur begrüßen, können in solchen Situationen beim Fachbereich, dem Fakultätsrat, der Studienabteilung und der Präsidentin Beschwerde einlegen. Zuletzt bliebe das Mittel der Klage auf Vertrauens-



„Ich habe mir nichts vorzuwerfen...“

Foto: Fisahn

schutz vor dem Verwaltungsgericht.“

Zustände kommen solche Probleme, wenn die Kommunikationsstrukturen zwischen Zentraler Universitätsverwaltung und den Fakultäten bzw. den Endabnehmern Professoren gestört sind. „Ich kann doch nicht zu dem Mittel greifen, daß ich mit der Studiensatzung zu den Dekanen gehe, sie auffordere, diese zu lesen und mich daneben setze, um zu beobachten, daß sie das auch getan haben“, beschreibt der Leiter der Studienabteilung diese Kommunikationsmängel. Und Heinz Spangenberg, rühriger Kämpfer für neue Studienordnungen, kann oft nur sagen: „Ich weiß es nicht.“ Vieles, was an die Fachbereiche geht, kommt gar nicht oder verspätet zurück. Die Bearbeitung einer neuen Studienordnung muß so verlängert wer-

den. Und oft ist das Bemühen der einzelnen Fachbereiche, sich auf zentrale Rahmenvorgaben einzulassen, äußerst gering.

Was fehlt, sind Rahmenvorgaben aus der Universitätsleitung und der Senatsverwaltung. Die Affäre um die Kündigungen hat einen tiefen Graben sichtbar gemacht, der zwischen der Verwaltungsebene, einzelnen Professoren und der Universitätsleitung in persona der Präsidentin klafft.

Kritik an der Präsidentin

Ende März sind zwar alle säumigen Kündigungen ausgesprochen und mit einigen

Ausnahmen umgesetzt, aber die prekäre Situation, in der sich die Humboldt-Universität befindet, ist damit nicht aufgehoben. Die „Kündigungsaffäre“ zeigt vielmehr deutlich, in welcher großen Krise die Humboldt-Universität geraten ist. Die Verunsicherung gegenüber dem weiteren Weg der Universität wächst, viele neuberufene Professoren sind sich nicht mehr sicher, ob sich der Einsatz für eine reformierte Universität gelohnt hat bzw. überhaupt noch lohnt. Die Kritik innerhalb der Universität an einer inkompetenten Leitung durch die Präsidentin, die es versäumt hat, der Universität ein klares Leitungskonzept zu geben, wächst, wird aber dort nicht gehört. Ihr politisches Verhalten im Fall der Kündigungen hat zum Teil tiefe Enttäuschung innerhalb der Universitätsleitung

Wohin geht die Universität?

Eigentlich war Ruhe eingekehrt in das Haus Unter den Linden. Die Semesterferien versprachen ein leichtes Abflauen der stürmischen Winde, die seit dem Aufbrechen der DDR-Gesellschaft, immerfort von verschiedenen Seiten die Universität erfaßten und die für ein Übermaß an Arbeitsbelastung für alle in den Strudel irgendeiner Funktion geratener Mitarbeiter dieser Universität sorgten.

Doch kam es anders, späterhin. In der winterkalten Ruhezeit brach plötzlich ein Sturm vom Blätterwald her über die streßgepeinigten Verantwortlichen in Leitung und Verwaltung herein. Die FAZ suchte (in Person von Konrad Adam) im Versäumnis des Vollzugs von Kündigungen (und in den „Machenschaften“ beim Wahlvollzug Anfang Februar) wiederholt die roten Socken mit ihren schier netzartigen Seilschaften, die immer noch die Universität regieren sollen, zu erkennen. Und erklärte abschließend die Reform der Humboldt-Universität für endgültig gescheitert. Daraufhin stieg wieder das Interesse der Öffentlichkeit am Zustand der Humboldt-Universität, wie es wohl immer wieder intervallartig über die zukünftig „regierungsnahe“ Institution hereinfällt, bis zu wissenschafts- und bildungspolitisch eher unscheinbaren publizistischen Meisterwerken wie BILD und BZ. Nach einigen aufgeregten Schuldzuweisungen zwischen politischem Senat und Universitätsleitung in denen versucht wurde, persönliche Verantwortung für das nun nicht erreichte Klassenziel im vorgegebenen Finanzrahmen für 1994 zu bleiben, herauszustellen, ist es nun um Wissenschaftssenator Erhardt wieder stiller geworden. Wohl nicht zuletzt wegen möglicher eigener Verantwortung in der Vernachlässigung seiner Aufsichtspflicht als Vorsitzender der Personalkommission der HUB...

Doch hinter der eigentümlichen Wahrnehmung der Humboldt-Universität in der Gesellschaft und hinter der Art der Reaktion auf begangene Fehler seitens des Senators und seitens der Universitätsleitung verbergen sich zwei Arten von Realitätsverlust, der fast zwanghaft mit dem deutschen Einigungsprozeß verbunden ist.

Zur Außenwahrnehmung: Schon zu Zeiten der kommenden Vereinigung Berlins geisterten zwei Ideen in den Köpfen vor allem Westberliner wissenschaftspolitisch engagierter Leute herum.

Die eine war die von der notwendigen Schließung der Humboldt-Universität und einer Neugründung unter möglicher Ägide (vielleicht Rückkehr?) der Freien Universität, die ja nach 1945 als Reaktion auf die Ideologisierung der eigentlichen Berliner Universität in Westberlin begründet wurde. Man hätte eben doch neugründen sollen, war denn auch das vorgebrachte Argument (Rupert Scholz, CDU), als die beschriebene Malaise der HUB an die Öffentlichkeit drang. Vergessen war bei der Idee, wie bei dem vorgebrachten Argument, nur leider, daß Menschen und in Teilen durchaus wissenschaftlich engagierte Menschen an der Humboldt-Universität tätig waren und sind, daß Studenten hier auch profunde Lehre erfuhren und sie gerade auch nach dem Umbruch in der DDR-Gesellschaft freier nutzen wollten. (Und wie wollte man Vertrauensschutz für die Studenten laut Einigungsvertrag denn anders gewähren, als mit einer wenigstens vorläufigen Übernahme?) Wollte man also in Kolonialherrenmanier vorgehen?

Daß diese Vorstellung nicht zum Tragen kam, war wesentliches Verdienst der Ernennung eines Auswärtigen zum Wissenschaftssenator (Manfred Erhardt, Baden-Württemberg). Daß diese Idee aber immer noch umherirrt, zeigt die Illusionshaltigkeit der Wahrnehmung von realen Zuständen. Es haben sich nun einmal drei Universitäten in Berlin etabliert.

Die andere Idee, die umherschwirrte, war deutschlandbezogener. Es war die einer in den neuen Bundesländern durch den wirklichen Zwang einer Neustrukturierung sich eröffnenden Chance zu einer Universitätsreform, die endlich die massenuniversitären Ärgernisse vom Platz fegen sollte. Und die Humboldt-Universität zu Berlin sollte an herausragendem Platze ein Beispiel geben. Gerade darum sieht Konrad Adam (FAZ vom 22. 02. 1994) nun die Reform als endgültig gescheitert an. Doch reicht ein so gearteter Reformatem eben nicht weit genug, wenn einerseits die realen Bedingungen für

ausgelöst. „Die Reformansätze werden allzu oft und allzu massiv durch tagesaktuelle Probleme behindert, die allzu oft und allzu nachhaltig durch eine verfehlte politische Rahmenvorgabe auch innerhalb der Universität verursacht wurden.“, so ein Mitglied der Universitätsverwaltung.

Die Bereitschaft eines Teils der Lehrenden und der Leiter auf Verwaltungsebene, mit der Präsidentin zusammenzuarbeiten, sinkt. Um einen Prof. Winkler, der seine Bedenken gegenüber der Präsidentin angekündigt hat, sollte Marlis Dürkop nicht bange werden. Wenn aber Vizepräsident Hofmann, einer der wenigen, der sich um Konzepte für die Universität bemüht, im Akademischen Senat seine Unsicherheit darüber verkündet, ob er noch das richtige Amt innehat, soll-

ten bei der Präsidentin alle Alarmglocken klingeln.

Passiv verhält sich auch die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, die sich auch im vorliegenden Fall wieder einmal als Verwaltungsbehörde begreift und ihre politische Signalwirkung nur in Mißtrauensbekundungen versteht. Geforscht wird im sichtbaren Widerstreit mit ständigem Rückwärtsblick nach den scheinbar immer noch vorhandenen „roten Socken“. Vorgaben und konstruktives Verhalten sind selten. Vier Beamte hat der Wissenschaftssenator zur Lösung des Problems geschickt, dann hat er der Universität „administrative Insuffizienz“ vorgeworfen und geschwiegen. Dieser Vorwurf geht gleichberechtigt zurück.

Widerstreit mit Rückwärtsblick

Unter den Personen, die aus dem Westen bzw. auch aus dem Osten an die Universität neu gekommen sind, um ihr im Prozeß der Erneuerung zu helfen, breitet sich zunehmend Unsicherheit über den eigentlichen Sinn der Arbeit aus. Personalchef Baeckmann: „Ich kündige hier Leute, Herr Neumann auf der anderen Seite beruft Neue, und beide wissen wir immer weniger, wo dies alles hinführen soll! Wir tauschen nur Personen aus.“

jot



eine mögliche Andersheit dieser Universität überhaupt nicht wahrgenommen wird, und wenn andererseits der ganze Antrieb für eine Reform der jahrelang vergeblichen Diskussion der Alt-Bundesrepublik entstammt, gemäß dem Motto: Hier im Modelland greifen nun endlich die vormals in praxi verworfenen Lösungsansätze. Wo ist denn die Hochschulautonomie der Humboldt-Universität? Und wo ist das weitreichende politische Reformprogramm des Senats? Was hier stattfindet, ist doch maximal ANPASSUNG an Westberliner Vorgaben!

Es ist die paradoxe Sicht der Draufseher, die, geleitet vom Ideenschutz vergangener Realitätsspiegelungen, die Humboldt-Universität im geschilderten Zwielficht erscheinen läßt, fernab einer wirklichen Problemanalyse oder gar eines wirklichen Lösungsvorschlags für die, die in täglicher Arbeit und unter immensem Druck vernünftige Entscheidungen treffen sollen und vielmals ja auch wollen!

Zur Art der Reaktion von Senator und Universitätsleitung: Das aufgeschreckte Rudern und die unangemessenen Töne (Schulduweisungen zu Hauf) auf die Außenwahrnehmung der versäumten Kündigungen verraten konzeptionelles Niemandsland bei der Tätigkeit beider.

Vizepräsident Prof. Hofmann beschrieb in einer maßgeblichen Sitzung des Akademischen Senats, während einer sehr persönlichen Stellungnahme zu den Vorfällen, die Situation mit einem plastischen Bild: Bewundert hätte er die ganz in der Nähe der Universität stattfindenden Arbeiten auf der größten Baustelle Europas, den in Bau befindlichen Friedrichstadtpassagen. Eine Unmenge an Materialien, an unterschiedlich qualifizierten Arbeiten in richtiger Reihenfolge würden dort, inmitten immer noch pulsierenden städtischen Lebens, gebraucht. Und dennoch entstehe dort fast unscheinbar ein riesiger Bau. Dies sei aber eben nur möglich, so sagte er, weil dort eine ganze Gruppe von Logistikern unscheinbar die Fäden ziehe, mit denen das Baugeschehen voranschreite. Eben diese vorausschauende Leitung des Geschehens hätte er in seiner Tätigkeit vermissen müssen.

Es hilft eben wenig, wenn man, wie Prof. Hofmann, die ganze Aufgabe eines Neuaufbaus und einer wirklichen Erneuerung vor sich sieht, aber keiner diese Erkenntnis teilt. Und deshalb neben einem nur gewurschtelt wird, und, was viel schlimmer ist, über einem nurmehr das Mißtrauen regiert und die Unterstützung und Leitung bei einer so schwierigen Sache, wie der Reformierung der Strukturen

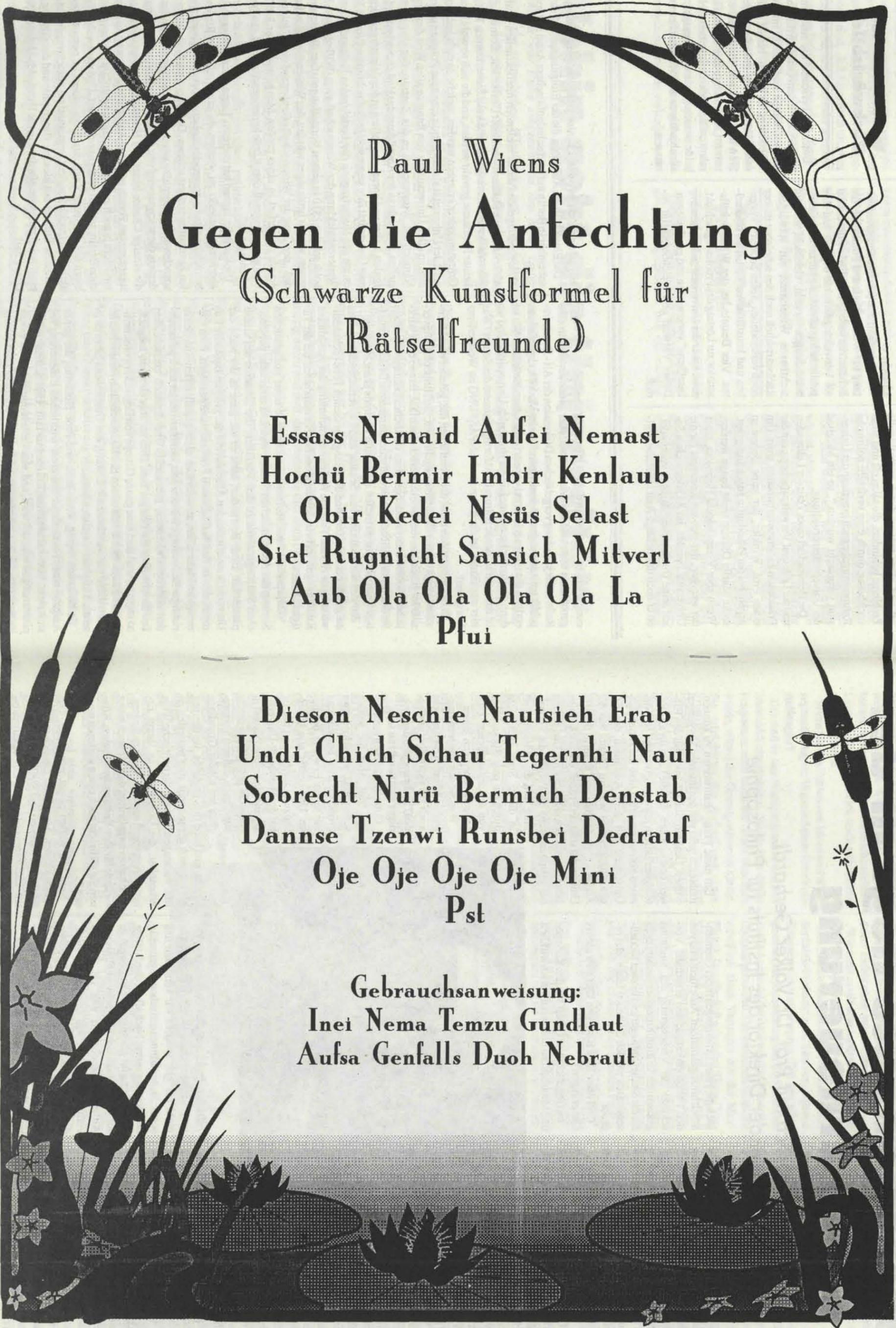
einer Universität im Umbruch, also größenordnungsmäßig fehlt!

Die Einsicht in die Aufgaben, die der Einigungsprozeß stellt, ist scheinbar in Berlin auf hochschulpolitischem Areal nur spärlich gesät.

Die Leidtragenden dieser fehlenden intellektuellen Kraft sind nicht zuletzt die Studierenden dieser Universität, die in der ganzen Wirrnis der Umbruchsphase, die kein Ziel erkennen läßt, auch keiner Freiräume gewahr werden, und die sich so wohl kaum der Gründungsväter erinnern werden, welche damals aus Reformgeist der Universität als Institution eine neue Prägung gaben, die sich in allen Universitäten von Rang in aller Welt durchsetzte. Nämlich die Wissenschaft in das Zentrum der Universität zu stellen, und nicht in der Ausbildung das Heil dieser Institution zu finden. Lehre und Forschung sollten in dem lebendigen Organismus Universität ihre gegenseitige Befruchtung erfahren. Wobei es um die Hinterfragung der bestehenden Kategorien und die Weiterentwicklung der Wissenschaft ging. Wilhelm von Humboldt schrieb 1810 in seinen Vorstellungen über die Neuorganisation, wie wir heute sagen würden, der Wissenschaftslandschaft, daß „der Gang der Wissenschaft offenbar auf einer Universität, wo sie immerfort in einer großen Menge und zwar kräftiger, rüstiger und jugendlicher Köpfe herumgewälzt wird, rascher und lebendiger ist“

Die Kraft der Jugend hat in diesen Tagen einen schweren Stand, überhaupt entdeckt zu werden, da schier alles in Rückwärtsbetrachtung und Ertragen des täglichen Drucks der institutionellen Strukturen erstarrt scheint. Daß aber gerade die geistig anspruchsvolle Atmosphäre unter den neu hereinströmenden Studenten, die getragen wird von der Kraft der hiesigen Biographien, die einzige Chance bietet, die Humboldt-Universität zu einem interessanten Forum geistiger Auseinandersetzung zu machen, vielleicht ja auch zu einer „geistigen Mitte“ im regierungssitzlichen Berlin, scheint völlig unreflektiert. Und wird wohl schlummern bis die letzte Kraft der Biographien in nerventötender, aktivitätseinschläfernder Gremienarbeit verschwendet ist oder der letzte Student mit hiesiger Biographie und dem Drang nach einer geistigen Herausforderung die Humboldt-Universität verlassen hat!

Ulrich Miksch



Paul Wiens

Gegen die Anfechtung

(Schwarze Kunstformel für
Rätselfreunde)

Essass Nemaïd Aufeï Nemast
Hochü Bermir Imbir Kenlaub
Obir Kedei Nesüs Selast
Siet Rugnicht Sansich Mitverl
Aub Ola Ola Ola Ola La
Pfui

Dieson Neschie Naufsieh Erab
Undi Chich Schau Tegernhi Nauf
Sobrecht Nurü Bermich Denstab
Dannse Tzenwi Runsbei Dedrauf
Oje Oje Oje Oje Mini
Pst

Gebrauchsanweisung:
Inei Nema Temzu Gundlaut
Aufsa Genfalls Duoh Nebraut

Unsere Chance liegt in der Erneuerung

Gespräch mit Prof. Dr. Volker Gerhardt,
Geschäftsführender Direktor des Instituts für Philosophie

Zu den in loser Folge erschienenen Beiträgen über eine mögliche Neuorientierung der Humboldt-Universität kommt in dieser Nummer das erste Mal ein, aus den alten Bundesländern gekommener Professor zu Wort, der hier sofort eine Verwaltungsfunktion übernommen hat. Er zieht Bilanz nach eineinhalb Jahren Tätigkeit im Aufbauprozeß des philosophischen Instituts.

UnAUF: Herr Gerhardt, Sie sind jetzt seit anderthalb Jahren an der Humboldt-Universität. Wie fühlen Sie sich?

Volker Gerhardt: Zunehmend enttäuscht! Ich bin mit großen Erwartungen hierher gekommen, habe die Verödung meines Privatlebens, die Verschiebung meiner Forschungsvorhaben und empfindliche finanzielle Einbußen in Kauf genommen, weil ich meinte, daß der Aufbau des Instituts für Philosophie an Deutschlands bedeutendster Universität nicht länger verzögert werden durfte. Dazu habe ich mich auch bereitwillig auf eine geradezu groteske Arbeitssituation eingelassen. Aber gelohnt hat sich die Mühe nicht. Morgens sage ich in der Regel: *noch* nicht, abends bleibt vom Noch dann nichts mehr übrig.

Vor einem Jahr haben Sie sich in der „Berliner Zeitung“ ziemlich optimistisch geäußert. Ist da nicht ein Widerspruch?

Ich habe damals gesagt, daß ich „nur mit den Studenten richtig zufrieden“ sei. Davon nehme ich nichts zurück. Im Gegenteil: Zu den positiven Eindrücken in meinen Lehrveranstaltungen, in denen wir den Schmutz, die überheizte und verbrauchte Luft in den viel zu engen Räumen rasch vergessen, sind nun

auch die guten Erfahrungen in der Gremienarbeit hinzugekommen. Außerdem sind von den Philosophiestudenten ernsthafte Vorschläge zur Verbesserung des Studiums gekommen. In Einführungsveranstaltungen für die Studienanfänger und in zwei Modellseminaren werden die neuen Ideen jetzt erprobt.

Und über Ihre Kollegen läßt sich nichts Gutes sagen?

Im Gegenteil: Nur Gutes! Mit den Kollegen und Mitarbeitern im Institut bin ich wirklich

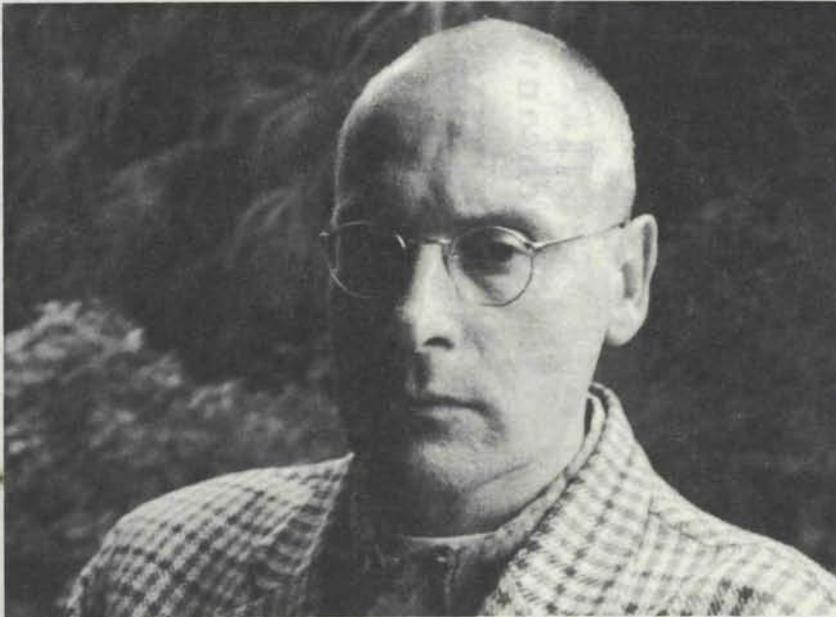
Um diese Frage beantworten zu können, müßte ich mehr von den internen Vorgängen wissen. Deshalb muß ich mich auf den Hinweis beschränken, daß die Lage für alle Beteiligten extrem schwierig war und ist. Niemand konnte erwarten, daß die Humboldt-Universität mit dem Auslaufen des Ergänzungsgesetzes wie ein Phönix aus der Asche steigt. Ausbau und Reform unserer Universität sind ein Prozeß, der noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Und er kann nur gelingen, wenn die Politik, die Verwaltung

und die Wissenschaft in dieser Stadt sich nicht durch ein paar Rückschläge von der anfänglichen Zielsetzung abbringen lassen.

Was Sie den anderen empfehlen, könnten Sie das nicht auch auf sich selbst anwenden? Sie brauchten dann weniger enttäuscht zu sein.

Guter Rat! Ich will mein Bestes tun! Aber Sie sollten schon den Unterschied etwa zwischen dem Senator und mir sehen: Er war es, der dieser Universität alle Unterstützung zugesichert hat. Er hat der Humboldt-Universität eine glanzvolle Zukunft in Aussicht gestellt. Ich durfte annehmen, daß sein Versprechen auf solider Grundlage

Foto: privat



zufrieden. Da ist auch die Ost-West-Integration auf einem guten Weg; wir kooperieren nicht nur gut, sondern wir verstehen uns sogar. Ja, wir können uns schon gegenseitig die Meinung sagen! Nach allem, durch tätige Mitwirkung für günstigere Bedingungen zu sorgen, hat man sich im Innenverhältnis auf Anfragen beschränkt und im Außenverhältnis kaum etwas dazu beigetragen, den publizistischen Feuerbrand einzudämmen. Allerdings muß ich einräumen, daß die Präsidentin durch ihre öffentlichen Erklärungen die Sache eher verschlimmert hat.

Wer trägt die Verantwortung für die Krise?

beruht, und habe ihm geglaubt. Im übrigen bin ich auch gerne bereit, dies weiterhin zu tun. Vorausgesetzt, es ist der politische Wille erkennbar, die Universität in ihrem Erneuerungsprozeß nachdrücklich zu fördern.

Sie haben angedeutet, daß Sie noch mehr Gründe für Ihre Enttäuschung haben. Können Sie vielleicht noch einen weiteren nennen?

Nein, wir wollen es gut sein lassen. Die vielen kleinen Ärgernisse, die sich mit den fehlenden Räumen und Stellen, der desolaten Bibliothekssituation, der doktrinären Gesinnung, der fehlenden Kompetenz etc., etc. ergeben, zählen nicht. Das wächst sich

aus, wenn wir zusammenwachsen. Bedenklicher ist schon, daß nur in seltenen Ausnahmefällen ein Ost-West-Dialog zustande kommt. Aber auch hier vertraue ich auf einen Lernprozeß, von dem ich mich selbst nicht ausnehmen will.

Wenn Sie das Fehlen von Ideen und Konzepten beklagen: Was sind denn Ihre Vorstellungen?

Die sind in das Wahlprogramm von *Mit Humboldt* eingegangen. Wenn man dieses Programm auch nach der Wahl beachten würde, wären die Grundpositionen klarer. Sie erleichtern die Aufstellung eines Prioritätenkatalogs, den wir nach den Haushaltskürzungen brauchen. Im übrigen erwarte ich vom akademischen Senat, daß er die Universität stärker in die Debatte über die Studienreform, die Forschungsförderung, die Verwaltungsstruktur und über die Gestaltung der Mitte Berlins einbringt. Ich wiederhole noch einmal meinen Vorschlag, die Universitätsbibliothek im Gebäude der Volkshauskammer unterzubringen oder - noch besser: im wieder aufgebauten Schloß. Wir müssen auch nach außen hin deutlich machen, daß hier nicht nur ein Zentrum der Macht entsteht. Der Geist muß gegenwärtig sein, und das hat auch in der Architektur zum Ausdruck zu kommen. Zwischen der Spreeinsel und dem Forum Fridericianum muß ein kulturelles Epizentrum der politischen Macht entstehen.

Man sagt Ihnen nach, Sie plädierten für eine Elite-Universität?

Der Unsinn ist mir auch schon zu Ohren gekommen. Aber ich versichere Ihnen, daß mir ein solches Plädoyer nie über die Lippen käme. Wer gegen eine „Kader-Universität“ ist, kann schlecht für eine „Elite-Universität“ sein. Soziologisch mag es einen gewissen Sinn ergeben, von „Eliten“ zu reden; wer das aber in politische Programmatik überträgt, der drückt nur den diffusen Wunsch aus, selbst irgendwie dazuzugehören. Mein politisches Credo ist der demokratische Rechtsstaat, der seiner sozialen Verantwortung nur gerecht werden kann, wenn er in einer differenzierten, lebendigen Kultur über eine leistungsfähige Wirtschaft verfügt. Für alles dies brauchen wir eine exzellente Forschung und gute, vielseitig ausgebildete Wissenschaftler. Die können natürlich nur aus Universitäten kommen, die ihr Bestes geben. Gewiß würde ich mich freuen, wenn die Alte Berliner Universität bald wieder in dem Ruf stünde, zu den besten Universitäten zu gehören. Das ist, nebenbei gesagt,

auch der einzige Weg, für eine gute Personal- und Finanzausstattung zu sorgen. Die beste Sozialpolitik in einer Universität taugt daher nichts ohne gute Wissenschaft.

Wie steht es mit dem Ausbau des Instituts für Philosophie?

Die Erneuerung kommt seit der Reduktion der Ethik-Professur auf C 3 im vergangenen Sommer nicht mehr voran. Die von allen gewünschte Aufstockung der Stelle ist aber an die Annahme der Professur für Naturphilosophie gebunden. Die wiederum ist an den Abschluß eines Vertrages mit der Max-Planck-Gesellschaft gebunden. Dieser Vertragsabschluß ist aus Gründen, über die ich nicht spekulieren möchte, verschleppt worden. Vielleicht ist jetzt alles zu spät, und die einmalige Chance zur Anbindung eines Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte der Naturwissenschaften ist verfallen. Von der in Aussicht gestellten Professur für Sprachphilosophie, mit der wir an die Tradition Wilhelm von Humboldts anschließen wollten, ist nach den Etatkürzungen natürlich auch nicht mehr die Rede. Die Fortsetzung des erst im Wintersemester aufgenommenen Studiengangs für Philosophie-Lehrer ist in Frage gestellt. Die Aussichten sind schlecht.

Wie werden Sie dann mit den sprunghaft

wir anders den jetzt Studierenden eine gute Ausbildung garantieren können.

Sie haben kürzlich in einem Vortrag im Senatsaal gegen den politischen Gebrauch von Utopien polemisiert. Wenn Sie nun so stark für eine Erneuerung der Universität plädieren: Brauchen Sie da nicht selbst eine Utopie?

Ich wüßte nicht. Wir brauchen Ideen und Ideale, wenn wir erfolgreich politisch handeln wollen. Und wir benötigen Programme und konkrete Pläne, die angeben, wie wir den Weg in eine stets ungewisse Zukunft bewältigen wollen. Aber wir dürfen die Gegenwart und die nächste Zukunft nicht mit Blick auf imaginäre Ziele überspringen. Der Tagtraum lähmt die politischen Kräfte und birgt die Gefahr, die Gegenwart einem Phantom zu opfern. Wohin das führen kann, hat uns der real existierende Sozialismus gelehrt.

Und welche Ideen und Ideale haben Sie?

Politisch sind sie durch die Prinzipien vorgegeben, denen die Politik nur unter der Gefahr der Selbstpreisgabe widersprechen kann, also durch das Streben nach Freiheit, Gleichheit und individueller Eigenständigkeit. Zu sichern sind sie nur unter den Bedingungen des Rechts, das auch die Gerechtigkeit gegenüber den Bürgern einschließt, die für ein eigenständiges Lebens zu schwach

sind. Alles Weitere ergibt sich aus den konkreten Ansprüchen und Erwartungen in der jeweils gegebenen historischen Situation - nicht zuletzt aus dem Mut und der Freude, die eigenen Kräfte auch gegen Widerstände zu behaupten. Als Wilhelm von Humboldt diese Universität gründete, stand Preußen vor dem Ruin. Er aber meinte, man dürfe auch vor ei-



Foto: privat

steigenden Studentenzahlen fertig?

Wir bemühen uns natürlich durch Gastprofessuren, Lehraufträge und durch eigene Mehrarbeit Ersatz zu schaffen. Die entlasten uns aber nicht bei der Betreuung der Studenten. So wie die Dinge liegen, muß ich sogar Verständnis für das Verlangen des Politischen und des Akademischen Senats aufbringen, einen Numerus clausus für unser Fach einzurichten. Die Maßnahme widerspricht mir zutiefst. Aber ich weiß nicht, wie

nem Abgrund die Hoffnung nicht aufgeben. An seinen Lehrer Wolff schrieb er damals: „Niemand kann die Zukunft enträtseln; aber ich weiß nicht, ich habe einen manchem wunderbar scheinenden Mut.“ Dieser Mut könnte uns heute in Berlin aus mancher kleinlichen Befangenheit lösen.

Das Gespräch führte Ulli



„Jeunesse“

Chormusik aus fünf Jahrhunderten

Im Sommer 1991 hatten der Chorleiter Hans-Peter Schurz und einige Studentinnen und Studenten des Institutes für Musikerziehung der Humboldt-Universität zu Berlin die Idee, einen Chor zu gründen. Mit dem Beginn des neuen Semesters im Oktober entstand der Kammerchor „Jeunesse“ Berlin. Und schon zur Weihnachtszeit gaben sie ihr erstes Konzert in Neuruppin. Mit Erfolg! Das Neuruppiner Publikum zeigte sich begeistert von den Neuen aus Berlin.

„Jeunesse“ ruhte sich nicht auf seinen ersten Lorbeeren aus, sondern probte intensiv für einen nächsten großen Auftritt. Der Chor fuhr im Mai 1992 nach Neerpelt in Belgien zum „Europees Muziekfestival voor de Jeugd“, wo er sein Können vor einer internationalen Jury unter Beweis stellen und mit über einhundert anderen Chören in Wettstreit treten wollte. „Unser Ziel war es, Kontakte zu anderen Chören zu knüpfen und erfolgreich am Festival teilzunehmen“ so Jochen Steiner, einer der fünf Tenöre des Chores. Ihr Ziel erreichten sie auf jeden Fall, denn die Jury würdigte die Leistung von „Jeunesse“ mit dem „1. Preis summa cum laude“. Weitere Reisen ins Ausland folgten bald, so zum Beispiel im Herbst 1992 nach Lund (Schweden) zu einem Choraustausch und zum 4. Internationalen Kammerchorfestival nach Miskolc (Ungarn) im Mai 1993. Seit 1992 gastierte der Kammerchor wiederholt in verschiedenen Städten des Berliner Umlandes.

Sein Hauptstadt-Debüt gab der Chor am

Sänger überzeugten auch die Berliner Zuhörer mit schönen Stimmen und einem interessanten Programm, das Chorwerke aus fünf Jahrhunderten und unterschiedlichen Nationen bot. „Es hat uns freudig überrascht,“ resümiert Chorvorstandsvorsitzender Jochen Steiner, „daß sich unser Publikum auch ungewöhnlicher Literatur gegenüber so auf-



31. Oktober 1993 in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt mit einem Konzert anlässlich des Reformationstages. Die 29 Sängerinnen und

geschlossen zeigte. Diese Reaktion bestätigt uns in dem Bestreben, auch weiterhin nichtalltägliche Werke zu Gehör zu bringen.“

Anzeige

Wir haben die besten Erfahrungen mit jungen Menschen gemacht, welche ihr

Studium abbrechen

wollten und bei uns einen neuen Beruf als

Gewerbe-Immobilienmakler

ergriffen haben. Übrigens ausnahmslos Ex-HUB-Studis. Deshalb halten wir auch ständig 1-2 Schreibtische für Umsteiger frei. Wer sich heute oder später einen solchen Schritt überlegen möchte, sei gewarnt. Einerseits beschäftigen wir uns nicht damit, Omis über den Tisch zu ziehen oder Wohnungen zu Luxusmieten zu verklingeln, andererseits herrscht durchaus das rauhe aber herzliche Klima der freien Wirtschaft bei uns. Wer bereit ist, ca. 2500 Stunden im Jahr zu arbeiten, nicht glaubt, daß auf Anfänger goldene Berge und Pensionsansprüche warten, bekommt höchstwahrscheinlich seine Chance bei uns. Als Ausgleich für den Sprung in kalte Wasser gibt es hier eine extrem flache Hierarchie, eine offene Atmosphäre, vielfältige Chancen auf Erkenntnisse im Learning-By-Doing - Verfahren und vom ersten Tag an viel Verantwortung und Selbständigkeit. Also, wer Lust hat, ruft an.

SLB Stefan Liesegangs Büros

030-417798-0

Der Erfolg des Chores ist neben der intensiven Probenarbeit nicht zuletzt den Erfahrungen und dem Können des Chorleiters und Dirigenten Hans-Peter Schurz geschuldet, der sich bei Seminaren in Deutschland, Afrika, Lateinamerika und Asien sowie als Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin der Ausbildung junger Chorleiter widmet. Mit einfühlsamem und bestimmtem Dirigat weiß er die jungen Stimmen zu vielfältigem Ausdruck zu führen.

Auf ihre Konzerte freuen sie sich natürlich alle und sind stolz auf ihren bisherigen Erfolg, „aber das Wichtigste ist für uns die Freude am gemeinsamen Musizieren“ meint Cordula Ulbricht, die von Anfang an im Alt mitsang. Übrigens studiert Cordu (wie sie von allen genannt wird) Informatik und nicht Musik. Sie ist nicht die einzige „Nichtmusikerin“, denn wenn auch die Initiative anfänglich von Musikstudenten ausging, so ist das berufliche Spektrum der Mitglieder mittlerweile weit gefächert. Einige von ihnen studieren in den Fächern Jura, Germanistik, Geschichte und Russisch, andere arbeiten in medizinischen Bereichen oder als Lehrer. Sie alle verbindet jedoch der Spaß

am Singen. Und den konnten sie ihrem Publikum bisher immer sehr eindrucksvoll vermitteln.

Nach Berichten in UnAUF Nr. 52 über die Querelen um die verschiedenen Klangkörper der HUB wird jetzt mancher vielleicht denken: Noch so 'n Chor, der Geld von der Uni will! Nein, falsch gedacht. „Jeunesse“ ist mittlerweile als gemeinnütziger Verein anerkannt und finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Sponsoren. Eine recht gute Möglichkeit, einen solchen Klangkörper am Leben zu erhalten. Zumindestens klappt es bei „Jeunesse“ prima.

Das jüngste Zeugnis seiner Qualität legte „Jeunesse“ am 27.02.1994 um 16.00 Uhr im Kammermusiksaal der Philharmonie ab, wo er, wie immer mit Hans Peter Schurz am Dirigentenpult, konzertierte; diesmal gemeinsam mit dem Berliner Kammerchor unter Leitung von Mirjam Sohar. „Wir wollten den Berlinern innerhalb der Sonntagskonzertreihe des Berliner Sängerbundes einen niveaulleren musikalischen Nachmittag bieten“ umriß Hans-Peter Schurz das Anliegen des Konzertes. Mit Werken wie der „Vision S“ von Gunther Erdmann, einem zeitgenös-

sischen Berliner Komponisten, „Jerusalem of Gold“, einem israelischen Lied von Naomi Shemer, Spirituals, Madrigalen aus dem 17. Jahrhundert von Johann Hermann Schein und, aus dem 16. Jahrhundert, die „Missa secunda“ von Hans Leo Haßler ist ihnen das sehr gut gelungen. Das bewies auch der nicht enden wollende Applaus. Am eindrucksvollsten war die „Vision S“ mit dem darauf folgenden „Jerusalem of Gold“, bei denen wohl so manchem ein Schauer über den Rücken lief. Doch auch die Interpretation der Spirituals und anderen Literatur zeugte von musikalischem Feingefühl der Sängerinnen und Sänger und des Dirigenten. Insgesamt kann man von einem interessanten musikalischen Nachmittag sprechen und auf folgende Konzerte des Chores gespannt sein.

Die goldene Mitte.

Kiepert an der Humboldt-Uni

Die Buchhandlung
in der Georgenstraße 2,
in 10117 Berlin-Mitte,
nahe Bhf. Friedrichstr.
Telefon 208 18 44/45
Fax 208 18 29

Buchhandlung Kiepert Stadtmitte

Die Buchhandlung
in der Friedrichstraße 63,
in 10117 Berlin-Mitte,
am U-Bhf. Stadtmitte.
Tel. 208 25 11/208 27 11
Fax 208 26 13



© Hilbert/Ohle-Galland

Kiepert. Bücher Für Alle.

Njuhs

Medienkongreß in Stuttgart

Schüsseln, Kabel, über 20 Fernsehprogramme per Fernbedienung - der Medien-sektor ist ein expandierender und heißumkämpfter Markt. Die Medienwirtschaft gilt als Wachstumsbranche. Rundfunk und Fernsehsender geben die Frequenzen von Hand zu Hand. Es ist kaum noch möglich, den Überblick über das Angebot zu behalten. Wohin soll das alles noch führen, fragt sich verzweifelt der Konsument.

Weniger verzweifelt und etwas nüchterner sollen am 4./5. Mai 1994 in Stuttgart während des Kongresses *Professional Broadcasting* Entwicklungstendenzen in der Medienwirtschaft diskutiert werden. Am 4. Mai werden die Neuerungen der Gegenwart analysiert: exemplarisch wird der Medienstandort Baden-Württemberg untersucht und die Auswirkungen neuer Technologien für Rundfunk und Fernsehen erörtert. Der zweite Kongreßtag gehört der Zukunft. Es finden Symposien zu den Themen: TV 2010 - digital, interaktiv, multimedial, Elektronische Medien im Jahr 2004 und Neue Werbeformen und verschiedene Workshops statt.

Da das Bild einer Medienwelt nach der Jahrtausendwende gezeichnet werden soll, sind auch die zukünftigen Medienmacher besonders gern gesehen. Mit ermäßigten Kongreßgebühren werden besonders interessierte Studenten herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Nähere Informationen erhält man bei:

ComMunic
Konrad-Celtis-Straße 77
81369 München
Tel.: (089) 74117270
Fax: (089) 74117279

Eine Tageskarte für *Professional Broadcasting*, Stuttgart 4./5. Mai 1994 für Studenten kostet 150,-DM, eine Karte für den Gesamtkongreß 250,-DM. Die Karten berechtigen gleichzeitig zum kostenlosen Besuch der Messen *telematica* und *das moderne büro*.

Anmeldungen erfolgen unter:
ComMunic GmbH
Postfach 70 10 40
81310 München

Kaa



Njuhs

AG "Studieren mit Kind" teilt mit:

Umfrage für Betreuungsmöglichkeiten

Wir fordern die Einrichtung eines Kinderladens im Hauptgebäude oder in dessen unmittelbarer Nähe zur flexiblen und kurzzeitigen Betreuung der Kinder auch in den Abendstunden. Um unsere Forderung begründen zu können, machen wir eine Umfrage. Wer Interesse an einer solchen Kinderbetreuungsmöglichkeit hat, möge bitte unseren Fragebogen ausfüllen. Er liegt bei der Frauenbeauftragten, HG 3107 aus und kann dort wieder abgegeben werden.

Pflichtveranstaltungen nicht mehr in den Abendstunden

Ein Schreiben mit der Bitte, aus Rücksicht auf studentische Eltern Pflichtveranstaltungen nicht mehr in die Abendstunden zu legen, ging von der Frauenbeauftragten an alle Fachbereiche. Wer trotzdem an Pflichtveranstaltungen aufgrund der späten Stunde nicht teilnehmen kann, kann sich auf das Schreiben berufen bzw. an die Frauenbeauftragte wenden.

Frauenförderichtlinien

In die Frauenförderichtlinien sind etliche unserer Forderungen eingeflossen. Sie müssen in einer öffentlichen Sitzung des Akademischen Senats verabschiedet werden. Erscheint zahlreich, um uns zu unterstützen! Der Termin wird noch bekannt gegeben.

Unsere AG braucht noch viele MitmacherInnen!

Bei der Frauenbeauftragten (HG 3107) steht ein Infoordner von und über uns. Unseren nächsten Termin erfährt Ihr dort oder über die Aushänge. Wer kann bei den MedizinerInnen Aushänge machen?

Kontaktadresse:
Katrin Girgesohn
Palisadenstraße 57
10243 Berlin
Tel.: 4836971

NICHT SO DAS "I"

1. LESBAR, VERSTÄNDLICH, SCHÖN



Natürlich habe ich nichts gegen eine Fortentwicklung der deutschen Sprache. Schließlich finde ich es sogar hervorragend, daß man anstatt "ein Glas kühlen Wassers" getrost "ein Glas kaltes Wasser" sagen darf. Oder daß man nicht mit Thomas Mann fragen muß "Pressiert es?" sondern auf "Stört Dich das?" ausweichen darf.

2. LESBAR, VERSTÄNDLICH, UNSCHÖN

Zweifel beschleichen mich jedoch schon bei der Aussage: "Ich bin größer wie Du." Zwar hat sich das schöne Wörtchen "als" fast völlig aus der Umgangssprache zurückgezogen (auch: "Wo ich nach Hause kam ..." - Wo schon? Zu Hause natürlich!), ein ungutes Gefühl bleibt aber. Doch auch wenn man "als" nach Belieben durch "wo" und "wie" bzw. "als wie" ersetzt, ist das gerade noch erträglich und zumindest noch verständlich. Selbst die wahre Begebenheit aus meiner Thüringer Heimat: "Das heeßt nicht mir fahr'n in die Omi, mein Kleiner, das heeßt mir fahr'n bei die Omi!" ist noch zu verkraften, weil diese Sprachverirrung doch räumlich recht begrenzt ist, und die Schriftsprache noch verschonte (Die Thüringerin, die das sagte, hält sich vermutlich mit dem Schreiben von Aufsätzen eher zurück.). So bleibt uns diese Schande in den Augen kommender Generationen hoffentlich erspart. Doch auch wenn nicht, bleibt die Aussage zumindest fließend lesbar und am Ende sogar für Berliner verständlich.

3. LESBAR, UNVERSTÄNDLICH, UNSCHÖN

Schlimmer jedoch stieß mir ein Leserbrief auf, der die Redaktion anlässlich unserer Streikaktivitäten (viel Arbeit!) erreichte. Da war von "Transpis" die Rede und von "Studis" von "Demos", "Flugis" und zu guter Letzt sogar von "Ministerpräsis". "Ministerpräsi" immerhin klingt zumindest nicht ganz so unanständig wie "Ministerpräservativ", wie -2a in einer Erwiderung schon bemerkte. In diesem Fall bleibt uns aber die Schande nicht erspart - alles aufgeschrieben. Wenigstens ist dieses trotz aller Unverständlichkeit (es sei denn man benutzt das Standardwerk "Neologismen in der Berliner Studentensprache") noch fließend lesbar. Man stolpert beim Lesen nur über Verständnisschwierigkeiten nicht über anfängliche objektive Unleserlichkeit.

4. UNLESBAR, UNVERSTÄNDLICH, ABER SCHÖN

Wie ist es demgegenüber zum Beispiel mit einER(m) StudentI(E)n (übersetzt: einem männlichen oder weiblichen Studenten)? Die positive Zielrichtung bei dieser Art Sprachverstümmelung ist mir selbstverständlich bekannt, doch ist sie auch bei der beherrschenden Thüringer Muddi zweifelsfrei vorhanden. Ob das allein reicht? Und das Dilemma ändert?



Wohnen im Prenzlberg

Teil 2

Unter besonderer Berücksichtigung
der sich aus dem Einzug des Kommunikationszeitalters
ergebenden Schwierigkeiten

Seit neuestem haben wir ein elektronisches Türöffnungssystem bei uns im Haus installiert bekommen. Zwar wird unsere Haustür zum Glück nie abgeschlossen (Wo ist eigentlich mein Schlüssel?), doch kann ein potentieller Besucher bereits ohne anstrengendes Treppensteigen überprüfen, ob ich zu Hause bin. Und außerdem ist auch eine Verständigung innerhalb des Hauses möglich. Jeder der sich in die Sprechanlage einschaltet, kann an der Unterhaltung teilnehmen. Wenn ich so zum Beispiel etwas mit Poddi und Jörg Schütz zu bereden hätte, ganz einfach: Ich flitze die Treppe hinunter, ins Vorderhaus zu unserer Haustür, klinge bei beiden, renne wieder zurück. Inzwischen haben sicher beide den Weg vom Bett zur neuen Sprechanlage geschafft und ich führe das Gespräch von meiner Nebenstelle aus - 2 mal Treppensteigen gespart.

Neulich jedoch:

Tür: Klingelt. (Während meines wohlverdienten Mittagsschlafes)

Georg: *Rennt zur selben. Zum Glück niemand draußen, der Benutzung der neuen Sprechanlage steht demnach nichts mehr im Wege. Hallo!?*

Tür: Stille.

Georg: Hallo!??

Tür: Ja, wer ist da?

Georg: Ich natürlich, wer sonst?

Tür: Wer ist ich?

Georg: Georg.

Tür: (von mir abgewendet) Kennst Du einen Georg? Antwort: Nee, kenn ich nicht.

Georg: Fein.

Tür: Wer ist da bitte?

Georg: Hab ich doch nun schon gesagt.

Tür (gleichzeitig): Beate.

Georg: Beate, welche Beate?

Tür: Zu wem wollen Sie denn nun eigentlich? und (gleichzeitig) Kenne ich nicht.

Georg: Ich will zu niemanden.

Tür: Und warum klingeln Sie dann derartig boshaft? und: Das kann doch nicht wahr sein!

Georg: Ich habe doch nicht geklingelt.

Tür: Werden Sie nicht frech, Sie, sonst komme ich runter!

Georg: Runter??

Tür: Ja. Und (sogleich): Wenn Sie schon zu niemandem wollen, kann man nicht mal mehr in Ruhe Mittagsschlaf machen?

Georg: Ich störe doch schließlich Niemandes Mittagsschlaf!

Tür: Ist da wer?

Ich lege auf. Als ich mich nach einiger Zeit noch einmal zuschalte, ist eine erregte Unterhaltung im Gange:

...nicht!!!

Ich bin doch nicht Georg!

Haben Sie doch gerade noch gesagt!

Wer, ich?

Natürlich, Sie...

Seit dieser Begebenheit nutze ich häufig meine Freizeit, um alle Klingelknöpfe zu drücken, und dem sich entspannenden Gespräch zu lauschen.

Li

□

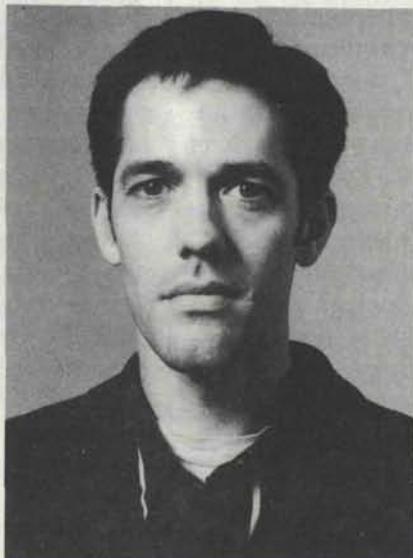
Njuhs

Psychologische Beratung

Nun gibt es sie endlich auch bei Humboldts. Die psychologische Studienberatung.

Seit dem 1. März ist Holger Walther in dieser Funktion an unserer Uni tätig. Die die Fragen, die sich sicher viele gern beantwortet wissen möchten, lauten: Was ist psychologische Studienberatung? Was macht ein psychologischer Studienberater?

Psychologische Studienberatung ist ein kostenloses Angebot, Studierenden mit psychischen Problemen, eine Hilfestellung zu geben.



Es gibt an der HUB jemanden, der ein offenes Ohr hat, wenn man nicht mehr weiter weiß.

Das betrifft sowohl Probleme, die während des Studiums auftreten, wie Prüfungsängste, Redeangst, Zukunftsangst u.a., als auch ganz private Konflikte in der Familie oder mit dem Partner. Holger Walther ist zunächst einfach „nur“ jemand, der zuhört und versucht herauszufinden, was das eigentliche Problem ist und wie man damit bisher

umgeht. Therapien bietet er nicht an, kennt aber viele Möglichkeiten in Berlin, die helfen, die vorhandenen Probleme in den Griff zu bekommen. Ein langfristiges Ziel ist die Arbeit in Gruppen, die zu verschiedenen Problemen gebildet werden können. Beispiele wären da Redeangstraining oder Selbstbewußtseinstaining. Ein weiteres Betätigungsfeld sieht Holger Walther auch in der psychologischen Examensbetreuung. Als wichtig erachtet er die Zusammenarbeit mit den anderen Studienberatern.

Holger Walther ist 34 Jahre alt, Psychologe, genauer System- und Familientherapeut. Seit sieben Jahren lebt der gebürtige Hamburger schon in Berlin. Bevor er an die HUB kam, arbeitete er in einer Beratungsstelle für schwule Männer. Das war ein Selbsthilfeprojekt, bei dem er vorwiegend mit jungen Leuten zu tun hatte.

Sprechstunden sind montags von 9 bis 11 Uhr und mittwochs von 13 bis 15 Uhr. Zu diesen Zeiten kann man im Raum 2008 einen Termin mit ihm ausmachen oder auch gleich seine Sorgen loswerden.

Kaa

„Ich weiß, wo Ihnen der Schuh drückt“

Interview mit Bundesbildungsminister Prof. Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

UnAUFGEFORDERT: Herr Laermann, seit nunmehr 20 Jahren sind Sie Mitglied des Deutschen Bundestages. 1993 verkündeten Sie, nicht mehr für den Bundestag

Hochschullehrer nachzugehen; noch kurz vor meiner Ernennung habe ich Vorlesungen gehalten. Ich weiß also, wo Hochschulen, Hochschullehrer, Mittelbau und Stu-

litätssicherung und Differenzierung, Durchlässigkeit und Wettbewerb sein. Im fruchtbaren Wettstreit um die zukunftssichere Gestaltung des Bildungssystems des 21. Jahrhunderts liegen die Chancen von Bund und Ländern.

Meine Aufgabe sehe ich sowohl in der Forcierung dieses Wettstreites als auch in der Wahrung des erforderlichen Rahmens. Die Bildungsreform kann nur gelingen, wenn die von Bund und Ländern gemeinsam erarbeiteten Grundsätze und Schwerpunkte zum Beispiel zur Studienreform auch gemeinsam umgesetzt werden. Für ebenso wichtig halte ich die Differenzierung der beruflichen Bildungsangebote und die Steigerung der Attraktivität der Ausbildungsberufe. Um auf diesen beiden wichtigen Gebieten die Weichen für die Zukunft stellen zu können, muß an der bewährten verfassungsmäßigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich festgehalten werden. Die Vorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission, die darauf hinauslaufen würden, die Kompetenzen des Bundes beim Hoch-



"Dazu bedarf es einer Strukturreform..."

kandidieren zu wollen, und der Landesverband der FDP Nordrhein-Westfalen hatte auch schon einen Nachfolger für Sie parat. Nun werden Sie mit 64 Jahren noch Minister für Bildung und Wissenschaft. Gehen der FDP die Experten für das Bildungsressort, welche sie zu besetzen hat, aus, oder wie erklären Sie sich Ihre späte Karriere als Bundesminister?

Karl-Hans Laermann: Für die Nachbesetzung im Bundesministerium sind insgesamt vier Namen von kompetenten Parteifreunden diskutiert worden. So schlecht kann es dann ja wohl um unsere Personaldecke nicht bestellt gewesen sein. Daß die Fraktion mir ihr Vertrauen geschenkt hat, hängt sicher vor allem mit meiner langjährigen Arbeit auf diesem Politikfeld, etwa als Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung und Wissenschaft der Fraktion, zusammen. Außerdem hatte ich auch als Abgeordneter versucht, so oft es ging, meiner Tätigkeit als

die der Schuh drückt, und ich denke, wir haben mit den Vorschlägen für eine Studienreform auch Lösungen anzubieten.

Ein Bildungsminister benötige eine „gewisse Leit- und Orientierungsfunktion“ und müsse koordinieren in dem Sinne, daß „er die Beteiligten“ zusammenbringt, umrissen Sie Ihre Hauptaufgabe als Minister. Welche Initiativen wollen Sie denn nun der „Bildungsgipfel-Politik“ des Bundeskanzlers entgegensetzen, damit das Bundesministerium wieder „Leitlinien“ setzt, die für die Bildungsarbeit der Länder maßgeblich werden könnten?

Technische Entwicklung, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und arbeitsorganisatorische Veränderungen führen zu steigenden Qualifikationsanforderungen, die ein vielgliedertes effizientes Aus- und Weiterbildungssystem erfordern. Dazu bedarf es einer Strukturreform im gesamten Bildungssystem. Wesenszüge müssen Qua-

schulrahmenrecht und der beruflichen Bildung zu beschneiden, dürfen nicht Wirklichkeit werden.

Das Bundesbildungsministerium für Bildung und Wissenschaft war in den letzten Jahren mehr Verwaltungsamt denn Ministerium; die dürftige Bilanz des ehemaligen Ministers Ortleb liest sich wie ein Abrechnungsbericht eines Finanzbuchhalters: bis auf das Eckwertepapier zur Hochschulreform nur Finanzdaten. Welche Reformvorschläge für den Wissenschaftsstandort Deutschland und die Verbesserung von Studium und Lehre bringt der neue Minister mit in sein Amt, was möchten Sie in Ihrer eventuell knapp bemessenen Amtszeit von acht Monaten durchsetzen?

Primäres Ziel ist, das Studium für alle, die dies wünschen, in vertretbarer Zeit studierbar zu machen. Dazu ist es notwendig, insbesondere das universitäre Studium inhalt-

lich und strukturell zu erneuern und die Studienbedingungen nachhaltig zu verbessern. Das Universitätsstudium sollte in ein wissenschaftlich fundiertes berufsqualifizierendes Studium einerseits und in die Ausbildung für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung andererseits gegliedert sein. Das Studienangebot an Fachhochschulen sollte erheblich ausgebaut und die Studienberatung und studienbegleitende Betreuung verbessert werden. Außerdem müssen wir erreichen, daß Prüfungen studienbegleitend abgenommen werden, wobei die Möglichkeiten des Freiversuchs ausgeweitet werden sollten.

Um die Hochschullehre zu verbessern, sind eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen: Mittelzuweisungen für die Hochschullehre nach erfolgs- und qualitätsorientierten Kriterien, Aktualisierung des Dienstrechtes für Hochschullehrer unter Leistungsgesichtspunkten und stärkere Berücksichtigung didaktischer Fähigkeiten bei Habilitationen und Berufungsverfahren. Es muß gewährleistet werden, daß das Lehrdeputat auch erfüllt wird. Ausgefallene Lehrveranstaltungen sollen nachgeholt werden. Die Genehmigung von Forschungsfreisemestern und von Nebentätigkeiten sollte in Abhängigkeit von der Erfüllung der individuellen Lehrverpflichtung erfolgen.

Bund und Länder haben sich im sogenannten Eckwertepapier zur Hochschulreform Ende 1993 auf entsprechende Reformmaßnahmen verständigt. Die Studien- und Hochschulreform ist inzwischen in Gang gekommen. Dies ist mit ein Verdienst des Kollegen Ortleb, dessen Bilanz ich deutlich positiver bewerte als Sie es tun.

Mit der Wiedervereinigung 1990 trafen sich zwei in ihren Strukturen zum Teil völlig gegensätzliche Systeme von Forschung und Wissenschaft. Für die Erneuerung der Hochschulen im Osten ist in den letzten Jahren finanziell und personell zwar enormes geleistet worden, strukturelle Besonderheiten des alten DDR-Systems mußten aber zum Großteil dem bereits bestehenden der alten BRD weichen. Es gab und gibt Vorschläge und Mahnungen, Teile dieser alten Strukturen zu erhalten bzw. sie für eine anstehende Bildungsreform in Ost und West zu nutzen. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Bei der Erneuerung der Hochschul- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern sollte nach dem erklärten Willen aller Beteiligten dem ostdeutschen Hochschulsystem das westdeutsche System nicht übergestülpt werden. Die vorgefundene Forschungs- und Hochschullandschaft sollte in ein gesamtdeutsches System eingepaßt werden.

Zugleich waren allerdings Schwächen des vorhandenen Systems zu überwinden: die Trennung von Grundlagenforschung und Lehre infolge der zahlreichen Akademien, die hohe Spezialisierung der DDR-Hochschulen sowie die Entwicklungsrückstände einiger Fächer.

Die Bewältigung dieser schwierigen Aufgaben, die notwendige personelle Erneuerung der Hochschulen und die Reduzierung des Personalbestands ist für viele sehr schmerzlich gewesen. Ohne Zweifel sind aber auch die Chancen zur Erneuerung und Selbstbestimmung genutzt worden: Es sind neue Hochschulzweige, wie etwa die Fachhochschulen, entwickelt worden, die außer- und inneruniversitäre Forschung ist völlig neu strukturiert worden, bei der investiven Ausstattung der Hochschulen sind im Gerätebereich große Fortschritte gemacht worden und die Bauinvestitionen laufen jetzt verstärkt an.

Eine Ihrer Forderungen sind mehr Leistungskontrollen auch für die Lehrenden; alle Versuche in dieser Richtung halten Sie bisher für unzureichend. Was genau wollen Sie in dieser Richtung unternehmen?

Im Mittelpunkt der Hochschulreform müssen Maßnahmen stehen, um die Qualität und Leistungsfähigkeit der Hochschulen in allen ihren Funktionsbereichen zu sichern. Hierzu ist es notwendig, den Leistungswettbewerb zu intensivieren. Im Bereich der Lehre wurden dazu bereits mehrere erfolgreiche Projekte, auch mit Unterstützung durch mein Ministerium, verwirklicht. Nun kommt es darauf an, den Wettbewerb durch Leistungsvergleich gezielt zu verstärken. Wir müssen Kennzahlen und andere Parameter zur Messung der Lehrleistung entwickeln, regelmäßig vorzulegende Lehrberichte einführen, systematische Evaluationen von Studiengängen und Studienfächern sowie zum Studienbetrieb durchführen und die studentische Veranstaltungskritik ausbauen. Bei all diesen Maßnahmen müssen ausländische Konzepte und Erfahrungen mitberücksichtigt werden.

Im 10. Bericht des BMBW zum BAföG wird festgestellt, daß ab Herbst 1994 die Bedarfssätze zum BAföG um mindestens 6 Prozent angehoben werden müßten, die Freibeträge müßten um jeweils 3 Prozent steigen. Eine Anpassung der Beträge wäre, so der Bericht, „dringend geboten, eine Sparmaßnahme nicht vertretbar“. Wenn dies nicht geschehe, werde sich die Studiensituation hinsichtlich der Förderungsleistungen sozial unproportional verschieben, die Schaffung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft an den Hochschulen programmiert. Wollen Sie an dieser BAföG-Novelle,

die Sie noch vor Ihrem Amtsantritt „Blödsinn“ nannten, Änderungen vornehmen oder wird sie mit den erwartbaren Auswirkungen dem Bundestag zum Beschluß vorgelegt?

Entgegen Ihrer Darstellung gelangt der 10. BAföG-Bericht zu der Bewertung, daß der Verzicht auf die turnusmäßige Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge angesichts der angespannten Haushaltslage ein vertretbarer Beitrag der Auszubildenden im Rahmen zwingend notwendiger Sparmaßnahmen ist. Ich sehe durchaus die negativen Folgen dieser Zwangslage für Studierende und setze mich deshalb dafür ein, eine Anpassung schon vor 1996 durchzuführen.

Im übrigen weise ich drauf hin, daß der Entwurf eines 17. BAföG-Änderungsgesetzes auch Verbesserungen enthält, die in der aktuellen Diskussion häufig unterschlagen werden: Die Sozialpauschalen werden angehoben, die Altersgrenze für solche Studierende, die über die berufliche Bildung zur Hochschule kommen, wird angehoben und bei der Darlehnsrückzahlung werden die besonderen finanziellen Belastungen Alleinerziehender stärker berücksichtigt.

Gegenüber der derzeitigen Rechtslage führt die Novelle zu Mehraufwendungen von jährlich rund 50 Millionen DM.

Ob der Gesetzesentwurf im Rahmen der Beratung in den gesetzgebenden Körperschaften Änderungen erfährt, ist nicht absehbar. Der Bundesrat hat sich mit seinen Vorschlägen für die denkbar teuerste Variante ausgesprochen, so daß hinsichtlich der Realisierungschancen durchaus Zweifel angebracht sind. In der Tendenz sehe ich darin aber eine Unterstützung für meine eigenen Bemühungen.

Nachtrag: Der Bundesrat hat dem Kabinettsbeschluß, die Studienförderung bis bis zum Herbst 1996 einzufrieren, nicht zugestimmt. Noch in diesem Jahr sollen die BAföG-Sätze um sechs und die Freibeträge um drei Prozent erhöht werden.

Zitat aus dem 10. Bericht des BMBW zum BAföG: ("...") (...) Bei Nichterhöhung der Elternfreibeträge werden bisher Geförderte keine oder verringerte Leistung des BAföG erhalten. (S.118) Eine Nichtanhebung der Bedarfssätze und Freibeträge paßt - (...) - weder kurzfristig (Überwindung der Rezession, Bewältigung struktureller Anpassungsprozesse u.a.m.) noch langfristig (Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit u. a. m.) in die wirtschafts- und bildungspolitische Landschaft. (S. 119)

Das Gespräch führte jot.

Neue Projektutorien an der HUB

Im Sommersemester 1994 gibt es wieder eine Reihe von Projektutorien als neue Studienangebote für Studierende aller Fachbereiche. Auf ihrer letzten Auswahlitzung hat die Kommission des Akademischen Senats für Projektutorien folgenden Anträgen zugestimmt:

Folklore und Schrifttum der finnisch - ugrischen Völker

Im Mittelpunkt steht die Volksdichtung der finnisch-ugrischen Völker in Verbindung mit den alten Schriftlichkeitstraditionen.

**Kontakt: FB Fremdsprachliche
Philologien; Szilard Toth**

Die Veranstaltungen finden jeweils dienstags um 10.00 Uhr im Seminar für Hungarologie/Institut für Slawistik/FB Fremdsprachliche Philologien, Clara-Zetkin-Str. 1 statt. Tel.: 2093 2911, 2912, 2915

Außenhandel unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Entwicklungsländern

Es ist beabsichtigt, die Teilnehmer für die Problematik der Dritte-Welt-Länder zu sensibilisieren. Anhand von Länderstudien soll gemeinsam breites Wissen erarbeitet werden. Mit diesen Kenntnissen werden die Studierenden in die Lage versetzt, sich sachkundig und kritisch mit dem angesprochenen Themenbereich auseinanderzusetzen.

**Kontakt: Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät; Marcel Eschweiler, Simone Roch**

Geschlechterverhältnisse und Körperpolitik

Im Rahmen des Projektutoriums findet eine Ringvorlesung mit dem Thema: "Die Legende von Paul und Paula - Alltagskultur und Geschlechterverhältnisse in der DDR" statt.

Kontakt: FB Sozialwissenschaften/Kultur- und Kunstwissenschaften; Susanne Kästner, Sylka Scholz

Termin: Mittwoch, 19.00 Uhr, Beginn: 27.

April (vierzehntägig) ReferentInnen: Jens Bisky, Prof. Irene Dölling, Daphne Hornig, Dr. Inne Merkel, Prof. Dietrich Mühlberg, Christine Steiner, Dr. Bert Thinius. Der Ort der Ringvorlesung sowie Ort und Zeit der Arbeitskreistreffen sind den Aushängen zu entnehmen.

Einführung in Computeralgebra- systeme am Beispiel Mathematica

Am Beispiel des modernen und verbreiteten Computeralgebrasystems Mathematica sollen Studierende verschiedener Fachbereiche mit solchen Systemen vertraut gemacht werden. Nach Abschluß der Veranstaltung soll jeder Teilnehmende in der Lage sein, das System selbständig und effizient seinen Bedürfnissen entsprechend zu nutzen.

**Kontakt: FB Informatik; Andre Bergholz,
Mathias Müller**

Humangeographische Betrachtung verfehlter Bevölkerungs- und Siedlungspolitik Ein Teil des Projektes „Lebensfete 1994“

Das Ziel ist, für eine öffentliche Großveranstaltung vom 08. - 10.07.1994 in Berlin wissenschaftliche Beiträge, Dokumentationen und Ausstellungen von wissenschaftlichen Forschungsprojekten zu erstellen. In diesen Tagen werden Menschen verschiedener Nationalitäten mit und ohne Behinderung einen breiten öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs zum - Leben mit Behinderung in der Gesellschaft - führen können.

**Kontakt: FB Geographie; Andreas Huth,
Dirk Schneider**

Diskussion zu ausgewählten Problemen im Zusammen- hang zur Planung und Organisation der "Lebens- fete 1994" in Berlin - eine andere Art Wissen schaf- fender Auseinander- setzung

Das Projekt bietet die Möglichkeit, aktuelle Probleme des Zusammenlebens von Personen mit und ohne Behinderung unter fachlichem wie auch ethischem Aspekt und unter Einbeziehung von Vertretern unterschiedlicher Fachdisziplinen zu behandeln.

**Kontakt: FB Rehabilitationswissen-
schaften; Katrin Stratmann, Corinna
Haass**

Was soll ich tun? Zum Selbstverständnis der Ethik in der Psychologie

Ziel des Projektes soll sein, die Diskussion über Ethik im Fachbereich anzuregen. Zwei Fragestellungen stehen dabei im Vordergrund: „1. Was bestimmt mein Handeln als Psychologe? und 2. Was kann die Psychologie auf gesellschaftlicher Ebene in ethische Problemstellungen einbringen?“

**Kontakt: FB Psychologie; Rahel Fink,
Vera-Kristin Kögler**

Die Soziologie der Gemeinde - Das Beispiel eines mecklenburgischen Dorfs seit 1990

Im Mittelpunkt steht der Übergang einer kleinen Gemeinde in Mecklenburg aus der DDR in die Bundesrepublik und die damit verbundenen Probleme. Mit sozialwissenschaftlichen Methoden soll der Transformationsprozeß biographisch, ökonomisch, politisch und sozial beschrieben werden.

**Kontakt: FB Sozialwissenschaften; Frank
Ernst, Andreas Willisch**

Clara-Zetkin-Str. 26, R. 300, Do.: 9-11.00
Uhr, Beginn: 14. April 1994

Grundzüge alternativer Geldsysteme

Gemeinsam mit den Teilnehmern sollen die wichtigsten bestehenden Vorstellungen alternativer Geldpolitik zusammengefaßt und weitergeführt werden. Hauptaugenmerk wird auf die Ursachen und Wirkungen des derzeitigen Zinssystems und des Zentralbanksystems gelegt.

Kontakt: FB Wirtschaftswissenschaften; Klaus Müller, Daniela Kärnpf

Hinweise zur Bewerbung für Projektutorien

Semesterweise besteht die Möglichkeit, daß sich Studierende für die Durchführung von Prorjektutorien bewerben. Für die ab 01. 10. 1994 frei werdenden Stellen können Bewerber ihre Antragsunterlagen bis zum 15.06.94 an die Vorsitzende der Kommission, Frau Doz. Dr. Stuhlmacher, über den Leiter der Studienabteilung einreichen. In einer öffentlichen Sitzung wird die Kommission des Akademischen Senats über die Förderungswürdigkeit der Projektanträge beraten.

Achtung: Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation kann momentan nicht vorausgesetzt werden, daß zum Wintersemester 1994/95 Projektanträge gefördert werden.

Kontaktmöglichkeiten sind in der Geschäftsstelle der Kommission Projektutorien HG 1032, Tel.: 2093 2706, zu erfragen.

Zur Bewerbung für Projektutorien gelten im allgemeinen folgende Voraussetzungen:

- abgeschlossenes Grundstudium / erfolgreich bestandene Zwischenprüfung des Studierenden
- Stellungnahme des wissenschaftlichen Beraters
- Zustimmung des Fakultätsrates (Unterschrift des Dekans)

In den Antragsunterlagen für Projektutorien sollte enthalten sein:

1. Name und Anschrift des Antragstellers
2. Fakultät
3. Titel/Thema des Projektutoriums
4. Erforderliche Anzahl von Tutorienplätzen (ein oder zwei)
5. Voraussichtliche Dauer des Projekts (i. d. R. zwei Semester)

Auskünfte sind erwünscht über:

- Problemstellung/Zielsetzung/angestrebtes Ergebnis
- Arbeitsplan
- Lern- und Arbeitsformen/methodisches Vorgehen
- Adressaten/Beteiligung

Als Anlage bitte beifügen:

- Höhe der vom Fakultätsrat genehmigten Sachmittel - Bestätigung des Fakultätsrates
- Dekans - Stellungnahme des wissen-

schaftlichen Beraters - Kopie des Zeugnisses der Diplomvorprüfung

- Zwischenprüfung oder eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluß des Grundstudiums.

Ein Erfahrungsaustausch zu Projektutorien findet am 10.05.94 um 14.00 Uhr (Raum 605, Seminargebäude am Hegelplatz) statt. Die Beratung ist für alle Interessierten offen.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

zu "Einschreibelisten, Anwesenheitslisten, Schwarze Listen" in UnAUF 53

Sehr verehrte/r Frau/Herr Alex!

Sie haben es für richtig befunden, mich in übelster Weise herunterzumachen und ein positives Anliegen von mir mit Unterstellungen zu diskreditieren. Ich will Ihnen dazu nur Folgendes mitteilen:

1. Sollten Sie weiterhin die Lüge verbreiten, daß ich schwarze Listen führe, so werde ich gegen Sie rechtliche Schritte unternehmen.
2. Sie können beruhigt sein: Ich werde mich für Studierende, die das gar nicht wollen, nicht weiterhin vehement in meinen vielen Ämtern und Funktionen einsetzen. Ich werde auch keine Überstunden mehr machen, sondern den Umfang meiner Tätigkeit in der Ausbildung auf das gesetzlich festgelegte Maß reduzieren. Wenn Studierende mich als Anwalt ihrer Belange ablehnen, so will ich mich ihnen nicht länger aufdrängen.

Voller Bitterkeit und Enttäuschung

Prof. Dr. Klaus Hansen

....

Der Datenschutzbeauftragte der HUB, André Kuhring, hat inzwischen am Institut Anglistik/Amerikanistik eine "Raumbegehung" durchgeführt. Dabei wurden auch Anwesenheitslisten gefunden, beschlagnahmt und vernichtet. "Schwarze Listen" werden von Prof. Hansen allerdings nicht geführt; er wurde jedoch durch den Datenschutzbeauftragten darum gebeten, in Zukunft auch jede Erwähnung solcher fiktiven Listen gegenüber Studenten zu unterlassen. Weiter versicherte Prof. Hansen gegenüber dem Datenschutzbeauftragten eidesstattlich, in Zukunft keinerlei Anwesenheitslisten zu führen. Durch Herrn Kuhring wurde Prof. Hansen ein Bescheid mit Rechtsbelehrung zugestellt.

Red. UnAUFGEFORDERT

zu „Einschreibelisten, Anwesenheitslisten, Schwarze Listen“ in UnAUF 53, und dem dazugehörigen Leserpamphlet in UnAUF 54

Was mich dazu veranlaßt, über 800 km hinweg meine Meinung zu äußern, ist das für mich erschreckende Selbst- und Mißverständnis, mit dem Frau Marion Löffler glaubt, eine Bresche für Herr Professor Hansen schlagen und Alex gleichzeitig diffamieren zu müssen. (...)

Woher nimmt Frau Marion Löffler die sichere Erkenntnis, daß Alex ausschließlich daran gelegen ist, Herrn Professor Hansen umfassend und vernichtend zu kritisieren und sein gesamtes Engagement, seine ganze Persönlichkeit gar, in Frage zu stellen? Und warum erschien es mir dann so, als ob es Alex nur daran gelegen war, einen ganz speziellen Mißstand aufzugreifen und diesen öffentlich in Frage zu stellen? (...)

Meiner Ansicht nach ist es wohl tatsächlich die Bitterkeit Herrn Professor Hansens, die ihn dazu trieb, besagte Listen in seinen Seminaren zu erwähnen, doch ich frage mich, inwieweit Frau Löffler glaubt, mit ihrem Leserbrief zur von ihr geforderten Aufklärung und Kooperation gegen Frontenbildung und Konfrontation beizutragen. Es ist schade, mit ansehen zu müssen, wie nicht durch Alex Artikel, sondern durch Frau Löfflers Kommentar jede vernünftige Diskussion zu diesem Thema unnötig erschwert wird. (...)

Warum sieht Herr Professor Hansen sich denn genötigt, schwarze Listen in seinen Veranstaltungen einzuführen? Offensichtlich fehlt es ihm an Studierenden, die sich zu seinen Seminaren einschreiben und dann auch jede Woche regelmäßig teilnehmen. (...)

Kaiserslautern, 16. 02. 94

Peter Albert

Liebe Soziologen und übrige Statistiker!

Euch muß ich diesmal besonders nett begrüßen, weil Ihr gleich wieder rausgeschmissen werdet. Die Lektüre dieses Artikels kann unter Umständen zu Magenschmerzen und Schreianfällen führen, und das kann ich nicht verantworten. Lest also lieber die Leserbriefe oder das Impressum. Und tschüß.

Liebe Sonstige! Mit Vorliebe (fast so gern wie Straßenbahnfahren) mache ich Dinge, von denen ich keine Ahnung hab. Eigentlich wollte oder sollte ich mich diesmal über das Phänomen Männer an sich und als solche dozieren, aber die Wochenpost ist mir zuvor gekommen (He, da liest ja noch ein SoWi mit! Sofort umblättern!). Deshalb werde ich heute eine Umfrage auswerten oder auch in Artikelform verbraten.

Trotz intensiver Nachforschungen ist es mir leider nicht gelungen, herauszufinden, ob sich die Verfasser des Fragebogens dabei etwas dachten. Vielleicht hielten sie sich für berufen, die UnAUF-Geschichte, in der es bereits zwei oder drei Umfragen gab, weiterzuschreiben. Vom unübersehbaren Erfolg solcher Aktionen zeugt übrigens auch der Name dieses Blattes. Vor unendlich langer Zeit begab es sich nämlich, daß die damaligen Redakteure einen Namen für ihr Kind suchten und ihre Leser befragten... Aber letztlich nannten sie sich selbst, in einem Anfall von Trotz und Beamtentum „UnGefragt“ oder so.

Befragt wurden diesmal 4000 Personen, die sich im Wintersemester 1993/94 wenigstens einmal in der Uni, aus welchen Gründen auch immer, aufhielten oder in irgendeiner Weise Kontakt zu solchen Personen haben oder hatten. Nicht alle haben geantwortet, wofür ich sehr dankbar bin, denn so kann ich eine präzisere Auswertung vornehmen als ich es beispielsweise mit 3869 Fragebögen getan hätte, was vor allem an Dir, lieber Leser, liegt. Du hast den Fragebogen nämlich nicht ausgefüllt, jedenfalls mit hoher statistischer Wahrscheinlichkeit nicht. (Ich seh grad, der Soziologe hat sich übergeben. Ich hab Dich gewarnt.) Aber es gab doch Leute, die den Fragebogen in Nummer 54 ernstgenommen haben.

Von diesen haben 91% den Fragebogen mindestens einmal gefaltet, 11% davon mehr als zweimal. Diese 11% befinden sich im 10.

Semester (Durchschnittswert), während der Durchschnittsalter im 4,85. Semester ist. Dagegen sind diejenigen, die den Bogen ungefaltet abgaben, erst im 3,6. Semester.

17% haben den Fragebogen an der gestrichelten Linie ausgeschnitten. Das Durchschnittsalter dieser Testpersonen liegt mit 26, 8 Jahren erheblich über dem für Fragebogenausfüller typischen von 24. Auch gab es in dieser Gruppe keine sächlichen Exemplare, obwohl die übrigen regen Gebrauch (10%) von der Option „sächlich“ machten.

Sehr verdächtig in meinen Augen machten sich 27%, welche, befragt nach Freizeitaktivität, (meist an erster Stelle) Schlafen angaben. Die Tatsache, daß diese Personen

Frage nicht verstanden hat, hätte sie zumindest ankreuzen können, statt statistisch kaum verwertbare Kommentare dahinter zu krakeln!)

Zu bemängeln sind der hohe Prozentsatz der der Schulausgangsschrift Unkundigen und die 28% Raucher. Letzteren stehen harte Zeiten bevor, sollten sie sich ihre Gewinne abholen wollen; allerdings legten auch nur 14,28% von diesen darauf Wert.

Mein herzliches Beileid gilt den 66% Mensaeßern und den nur 7% Nutzern der wohl ungleich grausameren Professorenmensa. Sind die Überlebenschancen in der Professorenmensa geringer? Das könnte man vermuten, doch liegt aus mir völlig unverständlichen Gründen das Durchschnittsalter der letzteren wesentlich höher als das der ersten Gruppe. Scheinbar setzen sich nur die zähesten Exemplare durch und erreichen ein höheres Alter, während die übrigen bereits in jungen Jahren schon an der weniger anstrengenden normalen Mensa-Kost krepieren.

Auf absolute, relative, totale und ganz schlimme Fehler verzichte ich an dieser Stelle, weil mich das als Nichtsoziologe nicht interessiert. Ich denke, ich hab genug an meiner Arbeit rumgemäkelt.

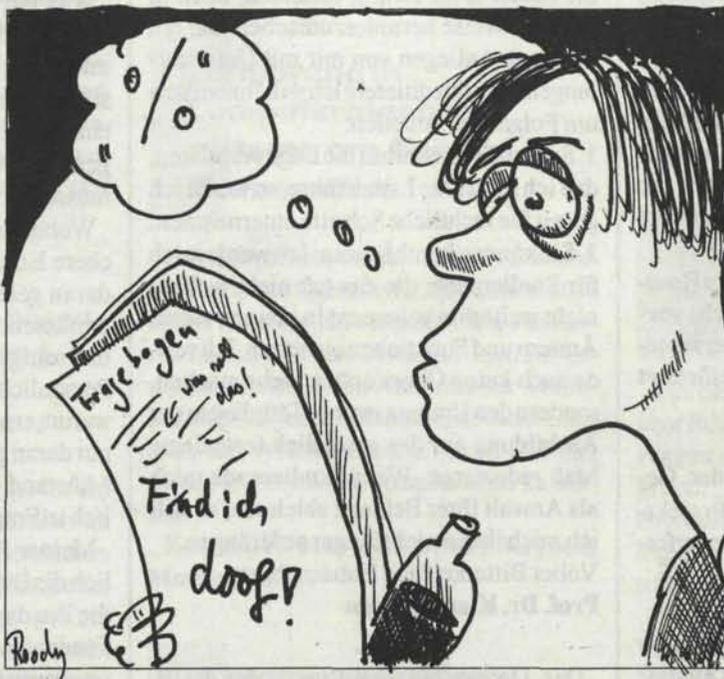
Bedanken möchte ich mich für die liebe statistische Unterstützung bei der guten Franziska und bei meinem Taschenrechner SR1.

Grüßen tu ich diesmal keinen;

ich leide gerade unter dem Vorlesungsbeginn: Überall laufen Leute rum, die ganze Uni, vor einer Woche noch schön leer, ist voll von Menschen, die mir auf die Füße treten und alle in der Säule vor mir stehen. Oder doch, für den Soziologen, der sich bis hier durchgequält hat: Remmi räumt den Magen auf! Dich werd ich jetzt wohl kaum in der Säule treffen, glaub ich...

Leicht angetrunken, -2a.

PS: Und was sagt mein Computer zum Thema Statistik? Dieser Artikel besteht aus 5307 Zeichen, 779 Wörtern, 80 Zeilen und 19 Absätzen.



mit 22,3 Jahren fast zwei Jahre jünger sind als die übrigen, bestätigt die Forderung nach ausreichend Schlaf für die lieben Kleinen. Fast genauso bedeutend sind anspruchsvolle und diffizile Dinge wie Essen, Trinken, in Cafés und Kneipen sitzen. Allerdings beschäftigen sich nur 7% bzw. 10% mit Frühstück und Sex. Da, glaube ich, kann etwas nicht stimmen. Sehr sympathisch sind mir die 10%, welche als Freizeitbeschäftigung „mich unbeliebt machen“ bzw. „andere Leute nerven“ nannten. Weiter so!

Fast 50% schienen etwas verwirrt von bestimmten Fragestellungen („Findest du Fragebögen genauso bescheuert wie die Verfasser des vorliegenden?“ So schwer kann diese Frage doch nicht gewesen sein, zumal nur eine Antwortmöglichkeit vorgegeben war, ich bitte Euch! Selbst wer die